Dienstag, den 5. Juli 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang. — Nr. 154

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstr. 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Enttäuschungen für Schlesien.

Der Osten das Stiefkind des Reiches.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

In der Stadtverordnetenversammlung in Breslau wurde neulich die Frage nach der Wirkung der Proteste der Stadt Breslau wegen der mangelnden Fürsorge der Reichsregierung für Schlesien gestellt. Die Frage war durchaus berechtigt, die Antwort für den Kenner der Verhältnisse nicht zweifelhaft. Die Reichsregierung hat sich weder durch die preußischen Vorstellungen noch durch die Stimmen der Oeffentlichkeit bewegen lassen, die Mittel des Fonds für die wirtschaftlich und kulturell bedrängten Grenzgebiete zu erhöhen oder die Verteilung zwischen Preußen und den nichtpreußischen Ländern für Preußen günstiger zu gestalten. Es bleibt bei den fünfzehn Millionen Mark, die für Preußen und zehn Millionen Mark, die für die anderen Länder zur Verfügung gestellt werden. Dagegen haben die dringlichen Vorstellungen des Ostens wenigstens die Reichsregierung zur Abwehr der Ansprüche des Westens auf Mitbeteiligung an diesen Mitteln zu bewegen vermocht. Es ist bekannt, daß der Westen ohnehin wieder mit weit erheblicheren Summen durch den letzten Reichsetat bedacht ist als der Osten. Es lag also wahrhaftig keine Veranlassung vor, aus dem geringfügigen Fonds, der im Vorjahre voll für den Osten zur Verfügung stand, außer für den Süden auch noch für den Westen Beträge abzuzweigen.

Die überaus starke Erbitterung über die Vernachlässigung des Ostens, die vor allem ostpreußische Stimmen erkennen ließen, hat zu wiederholten und nachdrücklichen Schritten von Vertretern aller ostpreußischen Bevölkerungsteile in Berlin in einem Augenblick geführt, als einflußreiche bürgerliche Kreise Schlesiens es noch für taktisch gut hielten, die Bemühungen des preußischen Ministerpräsidenten, Genossen Braun, bei der Reichsregierung um erhöhte Ostfürsorge als parteipolitisches Manöver zu verhöhnen und zu bekämpfen; das hat Ostpreußen den vorauszusehenden Erfolg eingetragen. Die Reichsregierung ist bereit, außer den 15 Millionen Mark, die dem gesamten Osten zugute kommen sollen, für Ostpreußen allein weitere 5 Millionen zur Verfügung zu stellen. Die mehr als 8 Millionen Mark, die Ostpreußen dann insgesamt nach dem bisherigen Plan für 1927 erhalten würde, stellen, wenn man von Schleswig-Holstein absieht, genau die Hälfte der für den Osten verfügbaren Mittel dar. Es darf nicht etwa behauptet werden, daß diese Summe an sich zu hoch wäre, im Gegenteil! Die wirtschaftlich nach wie vor äußerst schwierige Lage des isolierten Ostpreußen verlangt ständig die intensivste Berücksichtigung durch die Zentralstellen. Aber das Verhältnis der Summe zu den Beträgen für die anderen östlichen Landesteile zeigt aufs deutlichste die krasse Benachteiligung und den Mangel an Fürsorge für den übrigen, zum großen Teil nicht minder bedrängten Osten, insbesondere für Schlesien.

Für die schlesischen Provinzen scheinen lediglich die Hinweise auf die noch immer unerhört traurigen Wohnungsverhältnisse auf die Reichsregierung einen gewissen Eindruck gemacht zu haben. Sie ist offenbar gewillt, wenigstens bei der Abstellung dieser Schwierigkeiten mithelfend einzugreifen. Mit fünf Millionen Mark will sie für den Wohnungsbau im Osten eine zusätzliche Hilfe zu den Mitteln gewähren, die ihm aus dem Hauszinssteueraufkommen der Gemeinden und des Zentralfonds des Preußischen Wohlfahrtsministeriums zugeführt werden. Hiervon dürfte die Provinz Niederschlesien mit einem Fünftel bis einem Viertel bedacht werden. Oberschlesien, dessen Wohnungsbau infolge der bekannten politischen Umstände in einer Zeit noch völlig brach lag, in der im übrigen Deutschland schon wieder nicht unbeträchtlich gebaut wurde, soll mit etwa der Hälfte des Gesamtbetrages berücksichtigt werden.

Im übrigen aber liegen die preußischen Vorschläge nun wohl bereits über drei Monate bei der Reichsregierung, und wenn wirklich das Reichsministerium des Innern auf das Protestschreiben des Breslauer Magistrats auf die Zuständigkeit Preußens verwiesen hat, so wäre es interessant, festzustellen, wer diese wahrheitswidrige Auskunft erteilt hat. Preußen ist weder für die Geringfügigkeit der Summen verantwortlich, hat sie vielmehr durch jede denkbare Einwirkung zu erhöhen versucht, noch für die Einzelheiten der Verteilung, über die sich das Reich die alleinige Entscheidung vorbehalten hat, noch für die Verzögerung. Der Unterausschuß für Ostfragen im Preußischen Landtag hat vielmehr seit langem die Preußische Regierung, deren Vorschläge für die Verteilung ihm bekannt sind, dringend ersucht, auf die Reichsregierung mit allem Nachdruck einzuwirken, daß sie nun endlich den Plan genehmigt, damit die Verteilung der Summen nicht noch länger hinausgeschoben wird. In den preußischen Vorschlägen sind für Niederschlesien Mittel für den Wegebau, der immerhin mit etwa ¾ Millionen Mark finanziert werden soll, für Wohlfahrts-, Jugend- und Gesundheitspflege, für landwirtschaftliche Belange und für den Beginn des Saalbaus in Waldenburg, der diesem Gebiet durch die Ermöglichung von Kongressen und anderen ähnlichen Veranstaltungen einen Zuwachs an wirtschaftlicher Kraft zuführen will, enthalten, die dringend gebraucht werden. Es ist schlechterdings unverständlich, worauf das Reich noch wartet, um die paar Millionen, die es glücklich dem Osten zuführen will — darunter sind abgesehen von den Beträgen für den Wohnungsbau 1½ Millionen für Niederschlesien vorgesehen — zur Ausschüttung zu bringen. Wenn auch der diesjährige Plan nicht mehr die Bezeichnung „Sofortprogramm" trägt, so hat er mit diesem eins gemeinsam: daß er mit der denkbar größten Langsamkeit durchgeführt wird.

Eine Fülle von Einzelheiten verstärkt immer wieder den Eindruck, daß man an den Zentralstellen den Sorgen und Nöten des Ostens weder materiell ausreichend gerecht zu werden, noch psychologisch verständnisvoll auf sie einzugehen vermag. Seit der Bildung der Rechtsregierung im Reich ist man geradezu von einem System der Benachteiligung des Ostens zu sprechen berechtigt. Dies Gefühl geht weit über sozialdemokratische Kreise hinaus. Die mahnenden Worte der „Schlesischen Volkszeitung" über „Grenzlandgemeinschaft", die naturgemäß ein wenig freundliches Echo bei der zutreffend indirekt als interesselos an Schlesiens charakterisierten Rechten gefunden haben, zeugen davon. Herr von Keudell hat in seiner Politik gegenüber dem Osten keine glückliche Hand. Auch Herr von Freytagh-Loringhoven, der im ministeriellen Auftrage bei festlichen Gelegenheiten seinen Parteifreund als „Minister für den Osten" zu preisen pflegt, obwohl er sich in Wahrheit bisher als Minister gegen den Osten gezeigt hat — vermag diese Erkenntnis in Schlesiens Bevölkerung nicht mehr einzudämmen.

Die Zollvorlage vor dem Reichstag.

Hilferding gegen die Zollpolitik des Bürgerblocks.

Die Regierung des Bürgerblocks greift nach dem Laib Brot, nach dem Pfund Kartoffeln, nach dem Happen Fleisch, nach dem bißchen Zucker auf dem Tische des Arbeiters, des Erwerbslosen, des rebellierenden Beamten, des Abgebauten, des Rentners, der Inflationsopfer. Die Zollvorlage steht auf der Tagesordnung.

Die Regierung verfolgt den Grundsatz der Arbeitsteilung. Reichsfinanzminister Dr. Köhler, der den linken sozialrepublikanischen Flügel nach außen vertreten soll, macht einige bedauernde Bemerkungen über das Anschwellen der Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern. Ihn scheint ein Grauen ob der Volksverelendung anzukommen. Aber er vertritt dennoch tapfer die Zollvorlage mit. Da ist sein Kollege, der Reichsernährungsminister Schiele, ein anderer Kerl. Zollerhöhung soll Preiserhöhung bedeuten? I wo! sagt der Herr Reichsernährungsminister. Die Landbündler und ich, ihr Minister, wir wollen höhere Zölle nur, damit es den Arbeitern in Stadt und Land recht wohl ergehe.

Den wirtschaftspolitischen Dilettanten der Partei, die das Märchen von den Fachministern erfunden haben, tritt einer der besten Wirtschaftspolitiker des Hauses, in allen Parteien des Reichstags als solcher anerkannt, gegenüber. Der Abg. Dr. Hilferding hat das Wort. Die rechten landbündlerischen Zwischenrufe werden still, als Hilferding daran erinnert, daß selbst in den Zeiten des Bülow-Tarifs die Obrigkeitsregierung einen Kartoffelzoll nicht gewagt hat. Hilferding droht mit den kommenden Wahlen. „Lösen Sie im Reich und in Preußen die Parlamente auf mit der Losung: Höhere Zölle! Die Wähler werden sprechen, wie sie bei allen Wahlen der letzten Monate die Losung ausgegeben haben: Nie wieder Rechtsblock!"

Vor zwei Jahren hat das Zentrum das feierliche Versprechen gegeben, daß in den nächsten zwei Jahren die Zölle nicht erhöht werden sollen. Aus Furcht vor den christlichen Arbeitern. Inzwischen sind schon die Roggen-, Weizen-, Mais-, Futtergerste- und Mehlzölle erhöht worden. Jetzt sollen Zollerhöhungen für Kartoffeln, Zucker und Schweinefleisch hinzutreten. Die Entscheidung liegt beim Zentrum. Wird es den deutschnationalen Landbundbrüdern zuliebe die Zollerhöhungen mitmachen, von denen zweifellos Zentrumsanhänger wissen, daß sie nicht nötig und volksverheerend sind?

Einstweilen schweigt das Zentrum, schweigen auch alle anderen Regierungsparteien. Dafür redet der Kommunist Hoernle desto ausgiebiger. Gewaltig strengt er sich an, um nachzuweisen, daß die Sozialdemokraten wieder an allem, so auch an den höheren Zöllen schuld sind. Die „Strelitzer Schwindsucht", wie Hilferding, der früher einmal Arzt war, nach dem gestrigen Wahlsonntag die Auszehrung der Kommunisten nannte, läßt uns hoffen, daß die kommenden Reichstagswahlen uns von dem größten Teil dieser Parlamentsschwätzer befreien werden.

Die Zollvorlage wird dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen. Der Zentrumsmann Andree berichtet über die Ausschußberatungen der Arbeitslosenversicherung.

* * *

Die Sitzung wird um 14 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet.

Auf der Tagesordnung stehen die Vorlagen über Zolländerungen.

Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** führt aus, daß für eine Reihe wirtschaftlicher Erzeugnisse die Zölle nur festgesetzt werden müßten, wenn am 1. August im Zolltarif nicht ein Vakuum entstehen solle. Da die wirtschaftliche Entwicklung sich noch nicht übersehen lasse, so soll der Zolltarif vom Jahre 1925 bis auf die Sätze für diese Erzeugnisse nur verlängert werden. Die Regierung werde auf eine Prüfung der Frage hinarbeiten, welche Zollsätze in dem neuen Zolltarif gesenkt werden müßten. Das Anwachsen der Einnahmen aus den Zöllen bereite dem Minister Sorge, sind sie doch von 590 Millionen im Jahre 1925 auf 940 Millionen im Jahre 1926 gestiegen. (Hört! Hört! links.) Nicht nur aus fiskalischen Gründen sei diese Steigerung bedenklich, sie belaste auch die breite Masse der Bevölkerung, die daneben noch an den indirekten Abgaben zu leiden hätte.

Reichsernährungsminister **Schiele** erklärt, daß jetzt ein Versäumnis an der Landwirtschaft gutzumachen sei, und zwar gerade im Einverständnis mit den Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz (Lachen links.) Zwischen den Zöllen auf landwirtschaftliche und auch industrielle Erzeugnisse müsse eine Parität hergestellt werden und diesem Zwecke diene die Vorlage. Die Verminderung der Kaufkraft der Landwirtschaft habe mit zur industriellen Depression geführt. Die Ursache der Industrienot und der Arbeitslosigkeit in Europa sei in der Disparität zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion zu erblicken. Der Landwirtschaft müsse eine angemessene Lebenshaltung gesichert werden, das sei bisher nicht geschehen. Der Abbau der Zollmauern zwischen den Völkern sei eine Angelegenheit des Welthandels, der Zollschutz für die Landwirtschaft aber sei eine innere Angelegenheit der einzelnen Länder. Die deutsche Landwirtschaft wolle nicht im Gegensatz zur deutschen Industrie geraten, wo er bestehe, wolle sie auf dessen Beseitigung hinarbeiten. Die eigentliche Krankheit Europas liege in der Industrialisierung der anderen Länder und dem Rückgang der industriellen Ausfuhr Europas. Besonders Amerika brauche die europäischen Industrieerzeugnisse nicht mehr so wie vor dem Kriege. Um den kleiner gewordenen

Weltmarkt müsse ein erbitterter Kampf geführt werden, daher müsse jedes Land, vor allem Deutschland, den inneren Markt mehr als bisher stärken. Wir brauchen Schutzzölle auf solche Waren, die im Auslande mit geringeren Kosten als bisher hergestellt werden können. Deutschland sei auf das stärkste daran interessiert, daß die gegen sie gerichteten Zollmauern abgebaut werden, aber bei der starken Belastung, die auf der deutschen Wirtschaft liege, sei es unmöglich, daß Deutschland mit dem Zollabbau vorangehe. Auch vom Standpunkt des Verbrauchers bedeute ein gleichmäßiger Zollschutz keine Belastung, im Gegenteil, er trage zur Verbilligung der Produktion bei. (Lachen links.) Die jetzige Einfuhr von Lebensmitteln, im Jahre 1926 drei Milliarden bedeute eine unerträgliche Belastung der deutschen Wirtschaft. (Abg. Hilferding (Soz.): Curtius ist anderer Meinung!) Selbst wenn der Minister Curtius anderer Meinung darüber sein sollte, so bedeutet das doch nichts, wir wollen in der Regierung keine Uniformität, sondern eine Mannigfaltigkeit der Meinungen. (Stürmische Heiterkeit links.) Die Zölle hätten die Eigenschaft, daß das Ausland sie mittragen müsse. Das treffe wesentlich bei den Fleischzöllen zu, aber ebenso beim Zuckerzoll. Auch der Kartoffelzoll werde zum größten Teil nicht vom deutschen Verbraucher getragen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Unerhört!) Die Zolleinnahmen seien um so geringer, je besser die Ernte ausfalle. Es sollen jetzt vor allem die Erzeugnisse besser geschützt werden, die aus der bäuerlichen Wirtschaft hervorgehen. Damit werde der Zoll zu einem wirksamen Bauern- und Landarbeiterschutz, der auch zu einer Verbilligung der Produkte führen werde. (Widerspruch links.) Von einer Bedrohung der Ernährung könne keine Rede sein. (Mehrere kommunistische Abgeordnete werden zur Ordnung gerufen, weil sie dem Minister Schimpfworte zurufen.) Es werde möglich sein, die landwirtschaftliche Bevölkerung auf dem Lande festzuhalten und ihr Abströmen nach den Städten zu unterbinden. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktionskraft durch Zollschutz sei nicht allein eine Frage der Sicherung der Preise, sondern auch eine sozialpolitische und bevölkerungspolitische Frage.

Abg. Hilferding (Soz.)

stellt fest, daß die Ausführungen des Ministers Schiele im schärfsten Widerspruch zu den Beschlüssen der Reichswirtschaftskonferenz in Genf und zu der Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius in Hamburg gestanden haben. Auch der Reichsrat hat gegen die Zollpläne der Regierung Stellung genommen und Sie können doch nicht behaupten, daß diese Körperschaft in landwirtschaftlichen Dingen nicht mitreden könne. Vor dem Kriege hat nicht einmal der damalige Obrigkeitsstaat die Zumutung an das Volk gestellt, die Kartoffeln durch Zölle zu verteuern, denn dieser Zoll ist ganz sinnlos. Bei einer guten Kartoffelernte nützt der Kartoffelzoll überhaupt nichts. Um so mehr wirkt er aber bei einer schlechten Ernte, also gerade dann, wenn die Preise ohnehin in die Höhe gehen. Im vorigen Jahr hatten wir eine schlechte Kartoffelernte, infolgedessen stieg der Preis für Kartoffeln im Großhandel auf 5,45 Mark der Zentner, gegenüber 2,40 Mark im Jahre 1913, also um 126 Prozent. Während im letzten Vorkriegsjahr 1913 im Einzelhandel das Pfund Kartoffeln 3 Pfennige kostete, kostet es jetzt 8½ Pfennig, er ist also um 180 Prozent gestiegen. Und gerade in dieser Zeit der höchsten Kartoffelnot bringt die Regierung ihre Vorlage auf Erhöhung des Kartoffelzolls ein. (Hört, hört! links.) Nun sagt die Regierung, daß dieser Satz erst am 1. Dezember in Kraft treten soll. Warum wird wohl dieser Zeitpunkt ausgewählt? Weil er für den Zollkrieg mit Polen aufrecht erhalten bleiben soll. Jetzt werden nicht nur Steuern, sondern auch Zölle thesauriert.

Die Deutschnationalen wollen sich Zölle auf Vorrat auch auf die Zeit bewilligen lassen, wo sie vielleicht nicht mehr in der Regierung sitzen.

Die Deutschnationalen sind ja mit ihren Preisen herabgegangen. Für die Aufgabe der deutschnationalen Prinzipien bei der Verabschiedung der Dawesgesetze im Jahre 1925 mußte man noch sehr viel zahlen, allgemeine Zollerhöhungen, grundsätzliche Aenderung der gesamten Handelspolitik. Heute sind die Deutschnationalen schon sehr viel billiger geworden, sie verlangen nur Kartoffel- und Fleischzölle. Das ist aber der einzige Preisabbau, den man bisher in Deutschland erlebt hat. Wir jedoch möchten für den deutschnationalen Nonvaleur überhaupt nicht zahlen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Jetzt hat der Reichsrat diese Vorlage abgelehnt. Nach dieser Ablehnung ist die Einbringung der Vorlage eine der größten Blamagen, die selbst diese Regierung erlebt hat.

Eine schöne Mannigfaltigkeit der Meinungen, die Herr Schiele an dieser Regierung gerühmt hat! Es ist eine Anmaßlichkeit der Deutschnationalen, wenn sie fortwährend nach Homogenität zwischen der Reichs- und der preußischen Regierung rufen. Sorgen Sie (nach rechts) doch einmal erst bei sich selbst für diese Homogenität! Besser wird es allerdings auch dadurch nicht werden. Besser wird es, wenn die Reichsregierung ebenso aussieht wie die preußische Regierung. (Aha! rechts.) Die Meinung der preußischen Regierung im Reichsrat wäre noch viel deutlicher zum Ausdruck gekommen, wenn nicht die Vertreter der agrarischen Provinzen gegen sie gestimmt hätten. Im übrigen ist die preußische Regierung jederzeit bereit, mit dieser Parole vor die Wähler zu gehen, wir würden ja dann sehen, wie die Deutschnationalen dabei abschneiden. (Sehr richtig! links.)

Der Deutschnationale.

„Verfluchtes Pech! — Grad' will ich an die Zölle — da kommt meine Wählerbasis ins Wanken!"

Es ist richtig, daß die Lage der Zuckerindustrie nach der Währungsstabilisierung schwierig war. Aber seitdem hat sie sich doch wesentlich gebessert. Während Rohrzucker im Jahre 1913 mit 9,25 Mark notiert wurde, stand er am 20. Juli auf 15,60 Mk. Das bedeutet eine Erhöhung des Preises für Rohrzucker um 70 Prozent. Rübenzucker kostete 1913 22½ Pfennig das Pfund, am 20. Juli dagegen 40 Pfennig. Hier sehen wir also eine Steigerung um 80 Prozent. Seit vorigem Jahre haben wir unausgesetzt steigende Zuckerpreise, der Zuckerzoll wirkt sich restlos im Zuckerpreise aus. Das Kartell sorgt dafür, daß jeder überflüssige Zucker ins Ausland gebracht wird, und dadurch wirkt sich der Zoll fast restlos im Preise aus. Jede Erhöhung des Zuckerzolls wirkt also heute als Rente für das Zuckerkartell. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun sagen die Zuckerfabriken, daß ihre Generalunkosten sehr hoch seien, weil sie weniger verarbeiten als vor dem Kriege. Es würde also doch richtig sein, eine Steigerung des inländischen Verbrauchs zu erzielen durch die Senkung der Zuckerpreise. Und dieser inländische Verbrauch ist noch einer außerordentlichen Steigerung fähig. Wir stehen im Zuckerverbrauch an drittletzter Stelle, nur Italien und Rußland verbrauchen noch weniger Zucker als wir. (Hört, hört! links.) England und Amerika verbrauchen mehr als doppelt soviel als wir, Schweden und die Schweiz das anderthalbfache. Aber die in der Vorlage enthaltene Zuckersteuerermäßigung soll abhängig gemacht werden von einer Zuckerzollerhöhung; das heißt, doch ein Pferd hinten, eins vorn an den Karren anspannen! Diese geringfügige Ermäßigung der Zuckersteuer ist doch schon längst kompensiert durch die in letzter Zeit eingetretene Erhöhung der Branntweinabgabe und anderer indirekter Steuern, die allein in den Monaten Mai und Juni d. Js. einen Mehrertrag von 64 Millionen erbracht haben. (Hört, hört! links.)

Auch die Zollerträgnisse sind ja, wie der Reichsfinanzminister heute selbst erklärt hat, wesentlich gesteigert worden. Angesichts dieser Massenbelastung ist es eine Frivolität, daß man kürzlich auch noch den Mehlzoll erhöht hat, indem man das französische Zollprovisorium ablaufen ließ.

Wir haben jetzt den höchsten Brotpreis, den wir je erlebt haben.

Es ist ungeheuerlich, in einem solchen Moment noch M[illegible] Mehlzollerhöhung Platz greifen zu lassen. Auch die Erhöhu[illegible] des Schweinefleischzolles ist untragbar. Die Preise [illegible] Schweinefleisch sind zurzeit zum Teil nicht sehr hoch. Aber w[illegible] hatten auch schon vor dem Kriege die Erscheinung, daß mit d[illegible] Anwachsen des Schweinebestandes der Absatz nicht gleichen Sc[illegible] hielt und die Preise fielen. Mit dem Zoll hat das aber nic[illegible] zu tun. Wenn der Bestand an Schweinen zurückgeht, dann werd[illegible] auch wieder die Preise steigen, die Zölle auf Schwein[illegible] fleisch werden dann die damit verbunde[illegible] Teuerung noch außerordentlich verstärken. Hi[illegible] ist für den bäuerlichen Schweinezüchter notwendig, aber sie wi[illegible] nicht erzielt durch Erhöhung der Zölle. Wenn Sie (nach rech[illegible] die bäuerlichen Kleinbetriebe unterstützen wollen, müssen S[illegible] ihnen die Aufzucht und Mast durch Verbilligung der Futte[illegible] mittel erleichtern. Wenn der Gerstenzoll beseiti[illegible] ist, dann ist erst ein dauernder Vorteil für den Schweinezücht[illegible] gegeben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Das Schicksal dieser Vorlage hängt vom Zentru[illegible] ab, das aber in seiner Entscheidung nicht frei ist. Denn im Aug[illegible] 1925 hat im Ausschuß Herr Lammers versichert, daß die dort fe[illegible] gelegten Zollsätze innerhalb zwei der Jahre nicht erhöht werd[illegible] sollen. Im Plenum des Reichstags hat damals der Abgeordn[illegible] Ehrhard auf meine Aufforderung im Namen der Zentrumsfraktio[illegible] noch einmal erklärt, daß über diese Sätze in den nächsten zw[illegible] Jahren nicht hinausgegangen werden dürfe. Das war kein W[illegible] sprechen, das das Zentrum uns abgegeben hat, sondern es war [illegible] erster Linie für die christlichen Arbeiter bestimm[illegible] Trotz dieser Erklärungen kamen im vorigen Jahr die Zo[illegible] erhöhungen auf Roggen und Weizen, auf Mais, Futtergers[illegible] Mehl.

Wir fordern jetzt die Einlösung dieser Versprechungen, an die das Zentrum gebunden ist! Denn wir wollen nicht, daß den deutschnationalen Agitatoren auf dem Lande zu Liebe eine volkswirtschaftlich unsinnige Zollerhöhung vorgenommen wird.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Vorläufig hat aber erst das preußis[illegible] Zentrum das Wort gehalten, das das Reichstags-Zentrum ve[illegible] pfändet hat. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es ist ganz klar, daß es sich hier darum handelt, den Gro[illegible] agrariern Konzessionen zu machen. Durch Zollerhöhungen werd[illegible] die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke weiter hochgetriebe[illegible] und damit erschweren Sie (nach rechts) die Siedlung. Sie würd[illegible] also die Bemühungen der preußischen Regierung um die Siedlu[illegible] im Osten erschweren.

Wie ernst es der preußischen Regierung mit dieser Siedlung ist, beweist ja erst jetzt wieder die Ernennung unseres Parteigenossen Krüger zum Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium.

(Beifall bei den Soz.) Es handelt sich bei den Zöllen gar nic[illegible] um die Siedlung, sondern um die Verteuerung de[illegible] Grund und Bodens. Darum muß es um so schwerer sei[illegible] dieser Vorlage zuzustimmen.

Es handelt sich aber hier auch nicht allein um die inne[illegible] politische, sondern ebenso sehr um die außenpolitisch[illegible] Wirkung der Zollerhöhungen. Der Reichstag hat [illegible] leider keine Gelegenheit bekommen, zur Weltwirtschaftskonfere[illegible] Stellung zu nehmen. Der Reichswirtschaftsminister hat nur d[illegible] Reichswirtschaftsrat dazu aufgefordert. Wir haben die Weltwi[illegible] schaftskonferenz begrüßt, weil die großen wirtschaftlichen Frag[illegible] nicht mehr innerhalb der einzelnen Staaten zu lösen sind, sonde[illegible] weil dazu eine Kooperation der großen europäischen Staaten e[illegible] forderlich ist. Wir unterscheiden uns auch hierin von der größte[illegible] Regierungspartei, deren Presse die Verhandlungen i[illegible] Genf als Geschwätz bezeichnet hat. (Hört, hört! bei den So[illegible] Wir sehen, daß der Kapitalismus schon längst die Grenzen d[illegible] einzelnen Staaten gesprengt hat, daß die produktiven Kräf[illegible] gegen die Staatssouveränität protestieren und über die Souveränität hinaus zu einer Regelung kommen.

Der frühere englische Handelsminister Runciman hat auf der Weltwirtschaftskonferenz gesagt: wenn die einzelnen Staaten ihre Zölle erhöhen würden, so würden sie dafür die Verurteilung der Welt in Kauf nehmen.

Damit ist die Antwort auf die heutige Rede des Her[illegible] Schiele schon vorweg gegeben worden. Herrn Schieles Haltu[illegible] ist ja überhaupt sehr merkwürdig. Vor der Weltwirtschaft[illegible] konferenz hat er in landwirtschaftlichen Versammlungen sich f[illegible] die Autarkie ausgesprochen und verlangt, daß Deutschland sich vo[illegible] Weltmarkt unabhängig machen solle. Auf der Weltwirtschaft[illegible] konferenz ist erklärt worden, wenn die Staaten zur Selbstgenü[illegible] samkeit kommen wollten, so sei es Aufgabe der Konferenz, z[illegible] zeigen, daß diese Politik Opfer an materiellem Wohlstand bring[illegible] und daß dieser Verlust von den Verbrauchern getragen werde[illegible] muß. Das ist die schärfste Verurteilung der Ansichten des Herr[illegible] Schiele. Herr Schiele hat vor der Konferenz für die Autark[illegible] Propaganda gemacht, bis Herr Stresemann sich sagte, daß es [illegible] nicht weitergehe. Und Stresemann hat genau das Gegente[illegible] von dem, was Herr Schiele sagte, als Politik Deutschlands ve[illegible] kündet. Herr Curtius hat ausdrücklich nochmals proklamier[illegible] daß der Augenblick gekommen sei, wo sich die Staaten über d[illegible] Zollpolitik vereinigen müßten. Am 2. Juli 1927 stand der Gro[illegible] handelsindex auf 137½, derjenige der industriellen Rohstoffe a[illegible]

Das Phantom der Rue Michel-Ange.

Von Henry Bordeaux.

Alleinberechtigte Uebertragung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

26] (Nachdruck verboten.)

Malais würde sich vielleicht, sogar zweifellos einer Beteiligung Suzannes bei spiritistischen Seancen, ihrer Mithilfe bei Beschwörung der Entkörperten, widersetzen. Georges aber konnte dann seinen Platz im Unsichtbaren wieder einnehmen; er war nicht mehr der Erde nahe, unseren Nöten und Zweifeln nicht mehr unterworfen; er hatte den Frieden Gottes gewonnen und so sah ihn seine Mutter, ohne daß sie dazu der Augen oder der Stimme einer Hellseherin bedurfte. Welches Gewicht hatte solchem Resultat gegenüber eine jämmerliche Geldfrage? Wie gern, mit welcher Freude wollte Frau Falaise — nötigenfalls aus eigenen Mitteln — aus ihrer Privatschatulle das junge Mädchen, die nun eine wirkliche Braut wurde, dotieren. Wie glücklich würde sie sein, wenn sie die materiellen Schwierigkeiten aus dem Wege räumen und Suzanne, wie man in der bürgerlichen Welt sagt, gut versorgen konnte. Nur ihr Mann widersetzte sich.

Falaise sträubte sich hartnäckig. Er mochte nichts davon wissen, daß das für seine überirdischen Beziehungen unentbehrliche Medium sich ihm entzöge. Ohne Zweifel hätte er mit anderen Medien in Verbindung treten können, aber er zog es vor, Suzanne zu behalten. Vielleicht hatte er auf sie, die er als Braut seines Sohnes betrachtete, einen Teil seiner väterlichen Liebe übertragen, für welche ihm in der „Scheinwelt" die Verwendung mangelte. Denn in ihm tobte sicher nicht ein Aufruhr jener Gefühle, der den gereiften Mann zur Jugend treibt. Er hoffte vielmehr, daß Georges Liebe für das junge Mädchen ihn in deren Nähe festhalten, ihn verhindern würde, im grenzenlosen Raume zu schweifen oder sich zwecks höherer Vollendung in einem anderen menschlichen Wesen zu reinkarnieren. Alle diese Tatsachen waren ihm so selbstverständlich geworden, daß ich heute noch fast ohne Verwunderung davon spreche, und daß ich sie scheinbar billige, indem ich sie nur aufzählte; aber ich stand ihnen immer fremd gegenüber.

Eines Abends baten mich die beiden Gatten, nach dem Diner ihrer Gesellschaft zu leisten. Der Kommandeur Leutnant war nach Versailles zurückgekehrt und Suzanne hatte ihr Zimmer aufgesucht. Ich mußte den beiderseitigen Ansturm über mich ergehen lassen. Seit langem erwartete ich das und war entschlossen, meinen ganzen Einfluß zu brauchen, um eine Einigung zu erzielen.

„Meine Frau", präludierte ungeduldig Falaise — seine Frau betrachtete ihn mit dem Ausdruck liebevoller Sorge, der sie jetzt nicht mehr verließ — „meine Frau ist zu wunderlich. Sie will die Braut unseres Georges verheiraten. Sagen Sie, ist das nicht ein unverzeihlicher Gedanke?"

„Eine Braut ist keine Witwe," warf ich schnell ein, „und außerdem heiraten viel Kriegerwitwen in diesem Jahre wieder, sogar zu viele."

„Und sogar zu viele, wie Sie richtig bemerken. Sie tadeln auch diese niedrige Treulosigkeit. Ich stelle das mit Befriedigung fest."

Ich mußte ganz dicht neben ihm Platz nehmen. Wollte er damit sein schwaches Vertrauen in die Diskussion stärken?

„Weniger als jede andere", fuhr er fort, „hätte Suzanne das Recht vergessen, da Georges noch immer zu ihr spricht. Sie genießt den außerordentlichen Vorzug, mit ihm in Verbindung zu stehen, mittels jener Trance- und Ekstasezustände, die sie hinwegheben über unsere armseligen im äußeren Anschein befangenen Vorstellungen! Sie weiß, daß er über ihr im unergründlichen Aether lebt, wo wir seine Spur immer wahrnehmen können, wenn wir ihn rufen und er unseren Ruf zu hören geneigt ist. Das weiß sie und könnte gewillt sein, einen anderen Mann zu heiraten? Ich glaube, Sie geben sich über einen solchen Skandal nicht genügend Rechenschaft. Sie sind hinlänglich vertraut mit unseren Seancen und Beschwörungen, mit unserem schriftlichen und mündlichem Verkehr, nicht einmal mit unseren Erscheinungen und verstehen daher den gerechten Grund meiner Entrüstung nicht. Ich bin außer mir und fest entschlossen, in meinem Hause eine solche Schamlosigkeit nicht zu dulden. Sehen Sie: wenn Georges lebte und Suzanne würde ihn als seine Frau betrügen, könnte ich diese Treulosigkeit als ein geringeres Vergehen erachten. Die Lebenden zu betrügen, ist niedrig. Aber erst die Geister!"

Er hatte sich in Zorn hineingeredet, und obwohl ich auf einen Ausbruch gefaßt war, erschrak ich doch, als ich ihn so lästern hörte. Es kam mir vor, als würde ich Zeuge eines Tobsuchtsanfalles. Dahin hatten ihn also die spiritistischen Praktiken gebracht! Er beanspruchte, im Namen der Entkörperten, eine Art Sittenaufsicht auszuüben.

„Mein Freund", erwiderte ich ihm sehr gelassen, Sie übertreiben. Die Geister — wenn wir deren von Ihnen behaupteten Existenz im Aether zugeben — haben nicht unsere Bedürfnisse, die wir nur der Schwäche unserer physischen Natur verdanken, von uns sie befreit sind. Ich begreife einen Geist nicht, der unsere Eifersuchtsanwandlungen empfände. Alle die eben erwähnten Kriegerwitwen, die sich so leicht wiederverheirateten, sie würden ja die Welt des Unsichtbaren in Aufruhr versetzt haben. Glauben Sie mir, es ist nicht klug, den Boden des Menschlichen zu verlassen."

„Aber wir verlassen ihn in jedem Augenblick. Ist der Anteil der verschwundenen Generationen an unserer geistigen und sittlichen Welt, an unserem Streben, an unserer Entwicklung nicht groß? Sind wir nicht abhängig von der Sprache der Toten, wie der Ausspruch eines großen Dichters lautet? Hat nicht Auguste Comte proklamiert, daß die Menschheit sich mehr aus Toten als aus Lebendigen zusammensetzt? Wir sind im Unrecht, wenn wir nicht an das Weiterleben glauben?"

Indem er so sprach, richtete er die schlimmsten Konfusionen an, indem er sich auf Einflüsse berief, die aus dem Totenreich herüber wirken, und er wollte doch nur diesen direkten Mitteilungen, den sogenannten Emanationen der Toten, für die er keinen Beweis erbringen konnte — größeren Kredit verschaffen. Aber wer sollte ihm, wenn er einmal entfesselt war, Vernunft predigen?

„Ich kann", sagte leise Frau Falaise, „diese Phantastereien nicht hören."

„Aber das sind doch keine Phantastereien, und ich verbiete dir . . ."

Er schien verletzend gegen seine Frau werden zu wollen, aber seine Ritterlichkeit und Liebe siegten über die Aufwallung und er sagte milder:

„Ich bitte, solche Ausdrücke nicht auf mich anzuwenden. Habe ich jemals deine religiösen Ueberzeugungen bekämpft?"

„Sie verleiteten mich niemals zu Absonderlichkeiten. Und das ist — erlaube mir, das zu sagen — ein Beweis für die Wahrheit des Katholizismus: er verlangt niemals in den Dingen des täglichen Lebens. Er inspiriert uns nur Vernunftgemäßes, und aus seinen höchsten, unserem Verständnis unerreichbaren Mysterien bringt eine Gesamtheit von Vorschriften, eine Lehre zu uns, die dem gesunden Menschenverstand angepaßt ist, wir brauchen nichts weiter, unser Geist und unser Gefühlsleben benötigt keinen anderen Fühler durch die Klippen des Lebens."

Diese bescheidenere Frau, die im gesellschaftlichen Verkehr von so bestrickender Liebenswürdigkeit war, die man oft versucht war, für beschränkt zu halten, — weil sie so wenig glänzen, auffallen, sich zur Geltung bringen wollte, — fand plötzlich beredte Worte und erglühte in leidenschaftlichem Feuer, so wie man ihren Glauben angriff. Ihr Mann wollte ihr nicht widersprechen, aber er forderte die nämlichen Rechte für seine spiritistische Religion.

(Fortsetzung folgt.)

131,7, derjenige der Agrarprodukte auf 168. Der letztere ist also rascher gestiegen als der Index der Industriestoffe. Am stärksten sind die Nahrungsmittel, auf 166,6, gestiegen. Da spricht Herr Schiele noch von dem Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Herr Curtius will die Zölle feststellen, die herabgesetzt werden können. Das müßte ein großes Ministerium doch innerhalb acht Tagen machen können. Wenn man die Interessenten fragt, dann sagen sie: Setzen Sie gefälligst den Zoll der anderen herab. Aufgabe der Regierung ist es, die Diagonale zwischen den Wünschen der Interessenten zu ziehen.

Vor zwei Jahren wurde uns gesagt, daß die Zollvorlage nur von kurzer Dauer sein solle. Diese zwei Jahre sind vorbei, aber die angekündigte endgültige Zollvorlage ist noch nicht gekommen.

Inzwischen wurden aber noch keine Verhandlungen mit Frankreich zustandegebracht, mit Polen befinden wir uns im Zollkriege, mit Kanada ist auch noch kein Vertrag, der die Vorbedingung für eine Verständigung mit Australien und Afrika ist, zustandegekommen. Statt dessen aber kommt diese Zollvorlage, die für das Inland unerträglich ist, im Auslande aber die deutsche Regierung und das deutsche Wort diskreditieren muß.

Wir können diese Vorlage nicht annehmen. Selbst vom Standpunkt der Agrarier und Schutzzölle hätte man mit ihr noch warten können.

Wir werden die entsprechenden Anträge im Ausschuß stellen und sie mit um so größerer Selbstsicherheit vertreten können, weil dieser Reichstag gar nicht das Mandat hat, über Zollvorlagen zu beschließen. Fragen Sie doch die Wähler darüber, aber dazu fehlt Ihnen der Mut!

Wenn die Herren von der äußersten Linken Obstruktion treiben wollen, so sollten sie doch bedenken, daß, wenn kein Beschluß zustandekommt, der noch höhere autonome Zolltarif in Kraft tritt. Dieser Reichstag ist veraltet. Wenn Sie uns nicht glauben, dann fragen Sie die Wähler, und deren Antwort würde für Sie (nach rechts) vernichtend, aber ein glänzendes Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie sein. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Hörnle** (Komm.) bezeichnet die Rede des Ministers Schiele als ein Gemisch von Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen und Verdrehung der Tatsachen. Seine Behauptung, die Zölle würden zur Verbilligung der Preise führen, sei ganz unsinnig und widerspreche auch der Begründung, die Herr Schiele seinen Zollforderungen in Landbund-Versammlungen gibt.

Abg. **Mey**-Berlin (Dem.) übt scharfe Kritik an der Verschleppung der Zollvorlage, deren Ursache der Gegensatz der handelspolitischen Tendenzen innerhalb der Regierungskoalition sei. Die Gefahren der Hochschutzzollpolitik seien für Deutschland besonders groß. Die Vorlage der Regierung diene weder unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen noch unserem internationalen Prestige. In der Begründung der Zollerhöhungen fehle jedes Wort über die Verbraucher. Auch der Minister für Ernährung sei im Laufe der Zeit ein Minister für Verteuerung der Ernährung geworden. Notwendig sei vor allem die Verbilligung der Produktionsmittel des Bauern. Dem drohenden Rückgang der Schweinezucht müsse in erster Linie durch Aufhebung der Futtermittelzölle entgegengetreten werden. Die Demokratische Fraktion werde aber trotzdem auch der Erhöhung des Schweinefleischzolles zustimmen. Die Erhöhung der Kartoffelzölle komme nicht den Bauern, sondern dem Großgrundbesitz zugute. Auch für die Erhöhung des Zuckerzolles bestehe keinerlei Bedürfnis. Die Demokratische Fraktion stelle sich deshalb auf den Boden der Reichsratsbeschlüsse, die auch die Rechtsparteien beachten sollten.

Abg. **Urbahns** (linker Komm.) sagt dem Abg. Hoernle, daß seine radikalen Aeußerungen nicht darüber wegtäuschen könnten, daß er eine ganze Reihe von Heilungsmethoden vorgeschlagen hat. Die Bürgerblockregierung, geboren auf dem Miste der Demokratie, sei berufen, die faschistischen Methoden der Bürgerklasse gegen die Arbeiterschaft durchzuführen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Henning** (Völk.) und **Feder** (Natsoz.) werden die Vorlagen dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Das Haus beginnt dann die Beratung der zweiten Lesung der **Arbeitslosenversicherung.** Der Sozialpolitische Ausschuß, über dessen Verhandlungen Abg. **Andree** (Ztr.) berichtet, beantragt die Annahme der Vorlage in der von ihm geschaffenen Fassung. Außerdem empfiehlt der Ausschuß mehrere Entschließungen, die die Schaffung einer Sonderversicherung für die Landwirtschaft, die Neuregelung der Zulassung von Ersatzkassen, die Erweiterung der Versicherungsgrenze für Angestellte und die Regelung der Verhältnisse bei der Reichsarbeitsverwaltung verlangen.

Staatsrat **v. Romer** gibt für die bayrische Regierung eine Erklärung ab, wonach sie starke Bedenken gegen die Vorlage habe, besonders deshalb, weil durch die Zentralisierung der Verwaltung die staatliche Selbständigkeit der Länder beeinträchtigt würde. (Zuruf von den Soz.: Sind das Ihre nationalen Sorgen?) Die Schaffung einer Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung sei ein Eingriff in eine Tätigkeit, die den Ländern obliege und verstoße damit gegen die Verfassung. (Unruhe links.)

Die weitere Beratung dieses Gegenstandes wird dann auf Dienstag vertagt.

Das Haus beschäftigt sich dann noch mit einem Antrage der Regierungsparteien, wonach der Sozialpolitische Ausschuß, wenn ihm die Vorlage über die Neuregelung der Beamtenbesoldung zugeleitet wird, auch über die im Zusammenhange damit stehende Erhöhung der Bezüge der Versorgungsberechtigten beschließen soll. Die Sozialdemokratische Fraktion hat dazu einen Aenderungsantrag eingebracht, wonach die sich aus einer Abschlagszahlung für die Beamten ergebenden prozentualen Zuschläge auf die Renten der Kriegsopfer unverzüglich zur Auszahlung gebracht werden sollen.

Abg. **Loibl** wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil dieser keine Verbesserung des Antrages der Regierungsparteien bringen würde.

Abg. Frau **Reitze** (Soz.) stellt im Gegensatz dazu fest, daß der Antrag der Regierungsparteien eine Verletzung des § 84 des Versorgungsgesetzes bedeute. Wenn eine Verbesserung der Bezüge der Beamten erfolge, so muß in Verbindung damit die Verbesserung der Renten der Kriegsopfer vorgenommen werden. Diese Verbesserung sei ja ohnehin schon längst von der Regierung versprochen worden. Die Sozialdemokratie erkenne gewiß die Notlage der Beamten an, aber nicht minder groß sei die Notlage der Kriegsopfer.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Bei der Beratung darüber, ob ein kommunistischer Antrag zu der geplanten Portoerhöhung noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werden soll, erklärt Abg. **Schulze**-Bromberg für die Regierungsparteien, daß über diese Frage im Haushaltsausschuß gesprochen werden solle. Abg. **Müller**-Franken (Soz.) stellt in Verbindung damit fest, daß diese Debatte die Erfüllung des Wunsches der Sozialdemokratie sei, wonach das Verhältnis des Sparkommissars zum Reichspostministerium im Ausschuß erörtert werden solle.

Gegen die Aufsetzung auf die Tagesordnung wird von rechts widersprochen.

Um 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, 14 Uhr. Fortsetzung der Beratung der Arbeitslosenversicherung.

Eine neue russische Partei in Polen. Die Warschauer russische Zeitung „Za Swobodu" meldet, daß in nächster Zeit eine neue russische Partei in Polen mit dem Namen „Nationalrussische Fortschrittspartei" gegründet werden wird. An der Spitze der Partei werden einflußreiche Mitglieder des bereits in Polen bestehenden Russischen Volksvereins treten.

Das Zentrum für gesetzlichen Verfassungstag.

Aber es will Garantie für die Gesetzlichkeit christlicher Feiertage.

Die „Germania" beschäftigt sich heute mit dem sozialdemokratischen Antrag, den 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag zu erklären. Das Blatt kennzeichnet zunächst die Haltung der Regierungsparteien und schreibt:

„Die Deutschnationalen lehnen den Gedanken eines Verfassungstages überhaupt ab. Sie beweisen damit, daß ihre Stellung zur Verfassung trotz Richtlinien und Teilhaberschaft an einer republikanischen Regierung mehr den Charakter äußerlicher Korrektheit, als den innerer Wärme trägt. Die Deutsche Volkspartei will den Verfassungstag nur dann mit gesetzlicher Kraft ausstatten, wenn gleichzeitig auch der 18. Januar zum Feiertag erhoben wird. Der Gedanke, den Gründungstag des Kaiserreiches zum Feiertag zu erheben, ist vortrefflich. Er hat nur den einen Fehler, daß er 50 Jahre zu spät kommt. Das Kaiserreich hat seinen Gründungstag niemals amtlich gefeiert. Es ist eine etwas eigenartige Zumutung, der Republik jetzt diese Aufgabe zuzuweisen, die das Kaiserreich zu erledigen nicht für nötig hielt."

Das Blatt erklärt dann, daß das Zentrum grundsätzlich für die Einführung eines Verfassungstages sei. Es will aber die Frage des Verfassungstages mit der gesetzlichen Garantierung der christlichen Feiertage verbinden. Der Verfassungstag selbst soll reichsgesetzlich festgelegt werden, wobei das Zentrum immer noch an einem Sonntag im August, also nicht den eigentlichen Verfassungstag, festhält. Dabei muß das Blatt zugeben, daß ein erheblicher Teil des deutschen Volkes den Verfassungstag, das heißt den 11. August, mit innerer Herzenswärme und Begeisterung mitfeiern würde.

Severing über die Zukunftsaufgaben des Reichsbanners.

Am Sonnabend fand in Herford aus Anlaß des Gautages des Reichsbanners eine große öffentliche Kundgebung statt, auf der Staatsminister a. D. Rönneburg, Dr. Schreiber und Staatsminister a. D. Severing sprachen.

Severing sprach in der Hauptsache über die Zukunftsaufgaben des Reichsbanners. Er bemerkte einleitend, es sei an der Zeit, auch im Reichsbanner zu erkennen, daß es sich unter den roten Fahnen der Sozialdemokratie sehr gut kämpft. „Es wäre", ich sage das offen heraus, „kein Fehler gewesen, „wenn das Reichsbanner von vornherein überflüssig gewesen wäre. Wir werden morgen wieder mit Trommelschlag von Herford ziehen, und ich kann mich dabei der Gedanken nicht erwehren, zu wünschen, daß dies alles nicht notwendig sei. Wir haben andere kulturelle Arbeit zu leisten, gerade in den kulturellen Organisationen fehlt es uns heute an Mitgliedern, die dafür sehr oft im Reichsbanner und beim Sport zu finden sind. Aber die Krone des Menschen ist sein Gehirn, und deshalb glaube ich, daß es an der Zeit ist, ein Stück Reichsbanner im Sport abzulegen, um dafür mit die Aufwärtserziehung am Menschen zu leisten. Es denken in Deutschland sehr viele darüber nach, daß die Arbeit in der deutschen Außenpolitik durch das Vorhandensein der vielen Heerorganisationen erheblich erschwert wird. Es wäre besser, wenn wir die rein militärischen Aufmärsche mit Trommelwirbel und Stechschritt nicht hätten. Noch allerdings unterstütze ich das Reichsbanner aus vollem Herzen. Warum? Wenn wir nicht da wären, hätten Stahlhelm und Werwölfe sich austoben können zum Schaden des gesamten deutschen Volkes." Severing kam dann auf die Gründe zu sprechen, die zur Gründung des Reichsbanners geführt hätten. Damals sei das Reichsbanner ganz besonders notwendig gewesen, weil anders eine Erhaltung der Republik kaum möglich gewesen sei. In der Zeit der ersten Bedrohung der Republik habe das Reichsbanner die Politik der Weimarer Koalitionsparteien geschützt. Heute sei das nicht mehr notwendig. Trotzdem aber bleiben noch große Aufgaben zu erfüllen. Wer vorwärts kommen wolle, müsse sich rüsten. Deshalb müßten schon jetzt alle Vorbereitungen für den Wahlkampf im Jahre 1928 getroffen werden. Es sei eine unbedingt notwendige Aufgabe, die Deutschnationalen aus der Regierung herauszujagen, denn eine Republik, die noch in den Kinderschuhen stecke, könne sich nicht erlauben, die Stellen, die die Republik schützen sollen, mit Muß-Republikanern zu besetzen. Aufgabe aller Republikaner sei es deshalb, schon jetzt dafür zu sorgen, daß im kommenden Jahre die Schlappe von 1924 wieder ausgewetzt werde. Sehr viel stehe auf dem Spiel. Alle Gautage des Reichsbanners dürften sich deshalb nicht nur in Demonstrationen erschöpfen, sondern müßten praktische Vorbereitungsarbeit dafür leisten, daß im kommenden Jahre der republikanische Staat erobert werde. Abschließend bemerkt Severing, das Jahr 1928 werde ein Großkampfjahr besonderer Art. Von der Gemeinde über den Landtag bis zum Reichstag müssen wir die republikanische Mehrheit erobern. Dem gilt unsere Arbeit! Deshalb ist es notwendig, sich nicht nur an einzelnen Tagen auf der Straße zu zeigen, sondern schon jetzt den Wahlkampf in Gang zu setzen zum Siege der Republik im kommenden Jahr. Die Ausführungen Severings wurden von stärkstem Beifall begleitet.

Um den Anschluß Deutsch-Oesterreichs

Französische Besorgnisse.

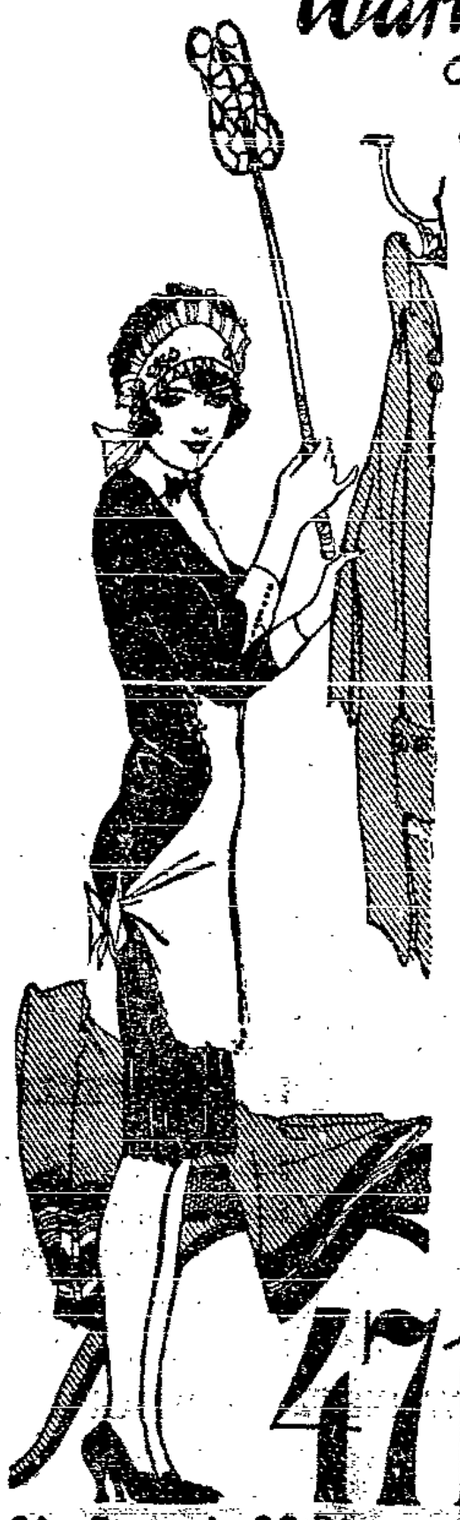
Paris, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Gesandte in Wien, de Chambrun, weilt seit einigen Tagen in Paris und hat, wie verlautet, mit den zuständigen Stellen am Quai d'Orsay bereits mehrere Aussprachen über die Anschlußfrage gehabt. Man scheint an den französischen amtlichen Stellen im Anschluß an diese Besprechungen mit de Chambrun mit Beunruhigung die Fortschritte zu verfolgen, die diese Frage in den letzten Monaten gemacht hat. Der „Temps" gibt dies heute offen zu. Er erklärt, die Zeit sei vorbei, wo man glauben konnte, die Anschlußangelegenheit sei „nur eine Angelegenheit gewisser Elemente ohne Verantwortung" in beiden Ländern. Heute ist die Mehrheit der österreichischen Parteien und die Mehrheit im Nationalrat offen für den Anschluß. Man könne heute nicht mehr auf das „Verantwortungsgefühl" der Leiter der österreichischen Politik noch auf die „Unabhängigkeit" der österreichischen Parteien zählen. Dies müsse allen Befürchtungen in Frankreich und den Staaten der kleinen Entente Raum geben, denn der Anschluß würde nicht nur, nach Ansicht des Blattes, die Erdrückung der österreichischen Industrie, sondern auch in politischer Beziehung die Schaffung eines Mitteleuropas bedeuten, das die Einleitung zu einem „neuen Drang des Deutschtums nach dem Osten" werden würde und dies wieder würde die ganze Entwicklung und sogar die Existenz der Staaten der kleinen Entente in Frage stellen".

Ein provisorisches Handelsabkommen mit Frankreich.

Am Montag hat eine neue Besprechung zwischen der deutschen und der französischen Handelsdelegation stattgefunden, wobei die deutsche Delegation weitgehendstes Entgegenkommen gezeigt haben soll. Man rechnet damit, daß ein neues provisorisches Abkommen vom 15. Juli ab zustandekommen wird. Ein Saarabkommen ist bereits am Montag erzielt worden.

Massenverhaftungen in Italien.

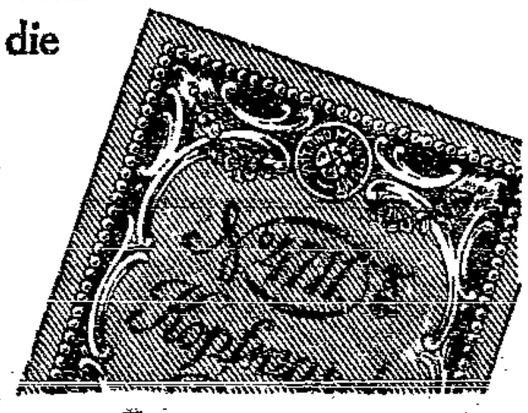
Der „Quotidien" meldet aus Mailand, daß in dieser Stadt ebenso wie in Turin, Pisa und Neapel in den letzten Tagen hunderte von Personen festgenommen worden sind. Die faschistische Polizei soll den Befehl erhalten haben, unter allen Umständen heimliche antifaschistische Presseorganisationen aufzudecken. Fünfzig Bürger sind bereits im Laufe der letzten Wochen zu zwangsweisem Aufenthalt auf Inseln verurteilt worden. Ein sozialistischer Arbeiter, der in Triest versuchte, durch die Flucht sich dem Zwangsaufenthalte zu entziehen, ist zu zwei Jahren Gefängnis und 15 000 Lire Geldstrafe verurteilt worden. Am Mittwoch soll in Bologna eine Versammlung der faschistischen Führer Norditaliens stattfinden.



Warum säubern Sie Ihre Kleider regelmässig?

Doch wohl deshalb, weil sich in ihnen der umherfliegende Staub der Straße festgesetzt hat. Aus dem gleichen Grunde sollten Sie sich daran gewöhnen, Ihr Haar regelmäßig mit "4711" Kopfwasch-Pulver zu waschen. Mühelos läßt sich das Haar damit von Staub und Schmutz reinigen. Es wird weich, locker und leuchtend. "4711" Kopfwasch-Pulver durchduftet das Haar und stärkt die Kopfnerven.

Nur echt mit der ges. gesch. "4711" (Blau-Gold).



4711 Kopfwasch-Pulver

Ein Beutel - 30 Pfg. - reicht für zwei gründliche Waschungen.

8672 Vom Faß!

Himbeersaft p. Ltr. RM. 1.65

Zitronella p. Ltr. RM. 1.65

Orangeade p. Ltr. RM 2.00

Fruchtsaftfabrik Herzberg & Co. Breslau, Höfchenstr. 48

Filiale Blücherplatz, verlegt von Blücherplatz 20 nach Blücherplatz 17

Blücherplatz 17
Michaelisstr. 3
Klosterstr. 64
Leuthenstr. 10

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität: Massenauflagen (Rotationsdruck)

Familien-Anzeigen

Am 3. Juli verstarb nach längerer Krankheit unser Mitglied

Frau Emma Klose
geb. **Scholz**
im Alter von 52 Jahren. 8671

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Schuhfabrik Dorasofei.

Beerdigung: Mittwoch, den 6. Juli, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel aus.

Am 3. Juli verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzschlag mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Filialleiter

Paul Mahn

im Alter von 56 Jahren. 4067

Breslau, den 4. Juli 1927.
Messergasse 19/21

In tiefem Schmerz

Berta Mahn
nebst Kindern u. Anverwandten.

Beerdigung: Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Kapelle 2 des Oswitzer Friedhofs.

Victoria-Theater — Rg. 2297
Jugendl. verboten
Revue 3567
Sensationen
Verbotene Abenteuer
Billetts nur gegen Revers
Im Garten 8½ Uhr:
Variété-Kino
Eintritt frei!

Gute und sehr billige
Romane und Erzählungen
finden Sie stets in der
Volkswacht-Buchhandlung Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7, Neue Taschenstraße 1.

Verlobungsanzeigen
sowie alle anderen Familienanzeigen bestellen Sie am besten bei der
Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau II, Flurstraße 4—6

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 3333
Tel. Stephan 36300.
Täglich 8 Uhr:
Der große Operettenerfolg.
„Drei arme kleine Mädels"

Jhr Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtsitzendes und lästiges Federbruchband oder Gummiband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden (Es entsteht Brucheinklemmung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, sich meine äußerst bequeme, unverwüstliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag und Nacht Tragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geheilt.

Werkmstr. A. B. schreibt u. a. „mein schwerer Leistenbruch ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 66ten Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch!"

Landwirt Fr. St. schreibt u. a.: „Ich sehe mich genötigt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen . . wurde ich ganz befreit von meinem Leiden."

Bandagen von **15 Mk.** an. Für Bruch- und Vorfallleidende kostenlos zu sprechen in:

Breslau, Donnerstag, 7. Juli, v. 8—5 Uhr, Hotel Habsburg, Teichstr. 13, a/Hbf. 3991
Brieg, Mittwoch, 6. Juli, v. 8—11½ Uhr, Brieger Hof
Strehlen, Mittwoch, 6. Juli, v. 1½—5, Hotel Schwarzer Bär.

K. Rüffing, Spezial-Bandagist, Köln, Bonnerstr. 249.

Liebich-Theater. — Täglich 8 Uhr
Heute zum
25. Male 3358
Die erfolgreiche Revue
20 Jahre Nelson
Persönliches Gastspiel von
Rudolf Nelson
u. **Käte Erihoiz**
und die Premierbesetzung.

Wohnungen

Tausche 198
einfenstrige Stube gegen gleiche, Nähe Nikolaitor. Angeb. unt. 198 an die Volkswachtbuchhdlg. N. Graupenstr. 5

Druckerei Volkswacht
fertigt
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

Ladenraum 8675
rund 90 qm groß, im Erdgeschoß **Elisabethstraße 5,** sofort zu vermieten. Näheres und Angebote an **Magistratsbureau II, Blücherplatz 14, Zimmer 38.**

Zurückgekehrt!
San.-Rat
Dr. Grünthal
Sternstraße 66
8—9½ 5—4½

Liederbuch
des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold
69 Lieder mit Noten
Preis 80 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

Inserate erzielen in dieser Zeitung den größten Erfolg

Fahrräder
Gummi und Zubehör
billigste Preise.
Geier, Freiburger Straße 16
Ecke Graupenstraße. 8755

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Leihweise elegante
Frack- u. Rock-Anzüge 8581
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301
früher Albrechtstraße.

Arbeitsmarkt

Betonpoliere
mit Rammarbeiten vertraut, können sich melden.
Eisenbetonbau-Gesellschaft
Dittmar Wolfsohn & Co.
Breslau, Tauentzienstraße 6. 8670

Damenkonfektion
Näherin gesucht
Brockauer Str. 10 ptr. l.

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Mit 5 Mk?
erzielt Mann und Frau dauernd mühelos hohen
Verdienst!
(auch als Nebenerwerb)
Wie?
erfahren Sie kostenlos durch Anfrage an 8788
Schließfach 124
Dresden-A. 445

Leihweise elegante
Frack- Rock- und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister 8673
Bischofstraße 3.

Urania
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der Naturkundliche Kalender
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Zeitungsträger.

Anzug-Zutaten
4 bis 12 Mk., Futter Mtr. 48 bis 90 Pf., Leinwand Mtr. 35 Pf. bis 1.20 Mk., Aermelfutter Mtr. 48 Pf. b. 1.40 Mk., Garn 1000 Mtr. 25—70 Pf., 100 Stopfwürfel 3 Mk., Nähseidenwürfel 100 Meter 2.00 b. 8.00 Mk., Knöpfe Dtzd. 3—10 Pf., Kernseife Riegel 12 Pf. Schreibheft 15 Pf.
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 8662
Filiale: Oderstraße 17.

Lachen links!

Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlungen und die Zeitungsträger.

Kleine Anzeigen
sind lesenswert, gewähren einspaltige Anzeigen von Behörden, Kaufleuten u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, mit 4 Pfennige.

Gut erhaltener, wenig gebrauchter Kinderwagen preiswert zu verkaufen Friedrich-Karl-Straße 14, III., rechts.

Unser
Saison-Ausverkauf
ist in vollem Gange
Morgen!

Zirka 1000 Stück
Linon-Taschentücher
für Damen und Herren, gute, feinfädige Qualität
Damentücher — Herrentücher
mit spitzen bunt. Kanten — m. mod. Karos u. Kante.
Stück **16** Pf. Stück **18** Pf.

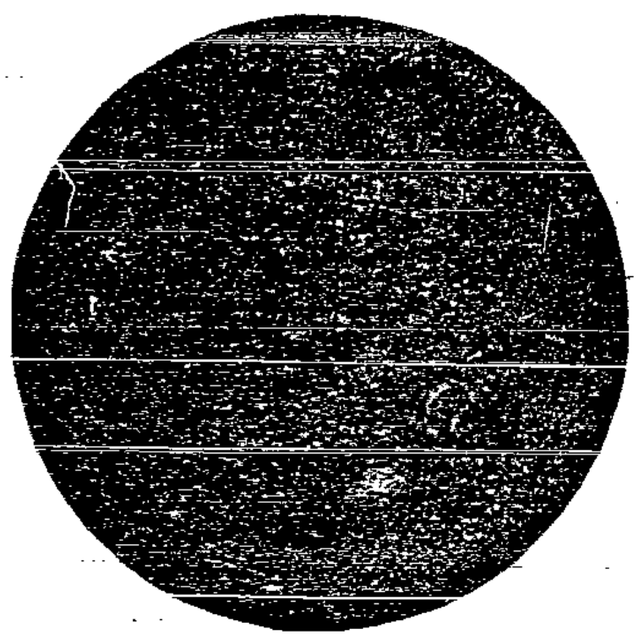
Zirka 600 Stück
große Bettücher
gute, grau gebleichte Kroppaer-Qualität, mit roter Kante, Größe 84/190
Stück **1.45**

Zirka 400 Stück reichlich
Küchen-Handtücher
ganz schwere Qualität, Größe 46/100 gesäumt und gebändert
Stück **78** Pf.

Zirka 1500 Meter feinfädiges
Hemdentuch
80 cm breit, mokoartige süddeutsche Qualität, in Lagerresten und -Abschnitten von 2, 4 und 6 Metern
Meter **58** Pf.
8876

Wessel & Waldschmidt
G. m. b. H.
Gegründet
Schneidemühl

ER IST WIEDER DA!



HABEN SIE

DAS

Extra-Blatt!

vom 1. Juni gelesen?

Wenn nicht, dann merken Sie sich, daß

„DER WAHRE JACOB"

in seinem neuen Gewande seinem Weltruf als Witzblatt alle Ehre machen wird, unterliegt keinem Zweifel:
täglich nehmen die

NEUBESTELLUNGEN IN RASENDEM TEMPO ZU!!!

Schließen Sie sich den Hunderttausenden an!
Sie werden Abonnent eines der prächtigsten Witzblätter!
Der Wahre Jacob erscheint 14 tägig ab 9. Juli, 16 Seiten stark, 8 Seiten farbiger Kupfertiefdruck.
Preis: nur 30 Pfennig.
Zu beziehen durch die Ausgabestellen des Vorwärts oder direkt vom Verlag

J. H. W. DIETZ NACHFOLGER, BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 3

Für die Redaktion verantwortlich: Reinhold Seelig; für die Anzeigen: Max Lesser. — Redaktion: Graupenstraße 5. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. Juli.

Gewitterfurcht und Blitzschutz.

Mit dem Eintritt der warmen Jahreszeit machen sich auch wieder die Gewitter bemerkbar, und noch gibt es viele Menschen, die beim Herannahen eines Gewitters eine Furcht empfinden, die in manchen Fällen direkt lächerlich wirkt. Tausende von Menschen bleiben in einer Gewitternacht lieber wach, anstatt — was ohne Zweifel richtiger wäre — das Gewitter zu verschlafen. Ist nun die Blitzgefahr wirklich so groß, um eine Gewitterfurcht zu begründen? Nein! Vor Erfindung des Blitzableiters durch Benjamin Franklin war die Gewitterfurcht begreiflich. Denn damals konnte ein einschlagender Blitz ganze Ortschaften durch Feuer vernichten. Heute ist die Gefahr bei weitem nicht so groß, als damals. Ein Gebäude, das mit einer Blitzableiteranlage versehen ist, kann nahezu als isoliert gelten.

Die Frage ist nun: Wie schützt man sich außerhalb des geschützten Hauses am besten beim Auftreten eines Gewitters? Auf Aeckern, Wiesen — also auf baumlosen Ebenen, soll man während eines Gewitters nicht aufrecht gehen, sondern sich auf die Erde legen, um nicht selbst einen Anziehungspunkt für den Blitzstrahl zu bilden. Falsch ist es, unter Bäumen Schutz zu suchen, vor allem nicht unter Eichen. Lieber einen Schnupfen mit in Kauf nehmen, als sich in Lebensgefahr begeben. Der Volksmund hat da einen Spruch geprägt, der so richtig auf die Gefahr hinweist:

Vor den Eichen sollst du weichen,
vor den Fichten mußt du flüchten,
vor den Tannen flieh von dannen,
doch die Buchen sollst du suchen.

Am meisten ziehen die Eichen den Blitz an, am wenigsten die Buchen. Woran das liegt, entzieht sich unserer Kenntnis, ist auch wohl noch nicht wissenschaftlich festgestellt. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß man sich bei einem Gewitter ohne Gefahr unter eine Buche flüchten kann.

Daß ein Blitz in eine Wohnung einschlägt, dürfte wohl eine Seltenheit sein. Wenn der Blitz in eine Großstadt einschlägt, so sucht er sich vorwiegend Kirchtürme, Leitungsmasten der elektrischen Straßenbahn, Fabrikschornsteine oder auch Bäume aus. Weniger kommt es vor, daß er in eine Wohnung einschlägt. Ein Entzünden von Möbelstücken in einer Wohnung durch einen Blitzstrahl gibt es in Steinhäusern überhaupt nicht. Die Statistik weist nach, daß der Blitz in den Wohnungen der heutigen Bauart überhaupt nicht zündet. Es ist jedoch bei Gewitterbildung ratsam, sich fern von allen metallischen Gegenständen zu halten, wie Gas- und elektrischen Lichtleitungen, freihängenden Beleuchtungskörpern, Oefen u. a. Auch ist Zugluft in den Zimmern möglichst zu vermeiden. Die meisten Todesfälle durch Blitzschlag ereignen sich naturgemäß im Freien und auf der Straße. Man kann auf jeden Fall behaupten, daß die Lebensgefahr bei einem Gewitter bei weitem nicht so groß ist, als wenn man in einer Großstadt schräg über eine verkehrsreiche Straße geht. Die Menschen setzen sich jeden Tag Verkehrsgefahren aus, ohne Furcht zu empfinden, aber die Angst vor einem Gewitter läßt sie sogar nachts nicht zur Ruhe kommen.

Ferien.

Mit dem heutigen Tage nehmen die großen Ferien ihren Anfang. Bis zum 8. August bleiben die Schulen geschlossen. Auch den Kinder der Armen sollen die Ferien zur Erholung und Kräftigung dienen. Leider werden sie es nur zum Teil, denn je ärmlicher die häuslichen Verhältnisse, je bedürftiger die Kinder einer Kräftigung sind, um so weniger werden die Eltern für sie aufwenden können. Die Stadt tut mancherlei für den Ferienaufenthalt der Kinder, doch erfaßt sie bei weitem nicht alle Bedürftigen. Die daheim bleiben müssen, mögen wenigstens die Veranstaltungen der Arbeiterkinderfreunde und der Naturfreunde benutzen, um einige Freude zu genießen. Am schlimmsten sind die Kinder indifferenter Eltern daran, um die sich überhaupt niemand kümmert. Sie werden es einst, wenn sie größer geworden sind, ihren Eltern kaum danken, daß sie über der Lektüre des „Generalanzeigers" die Pflicht gegenüber der Allgemeinheit und dem heranwachsenden Geschlecht so ganz vergessen haben. Allen Arbeiterkindern rufen wir heute zu, die Ferien so froh wie möglich zu genießen, und dankbar in Anspruch zu nehmen, was ihnen von den Freunden der proletarischen Jugend geboten wird.

Die erste Rosenschau der Gugali!

Die erste Rosenschau der Gugali, die vom 9. bis 12. Juli während der 42. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Rosenfreunde E. V. stattfindet, nimmt jetzt alle Kräfte zur Vorbereitung in Anspruch. Zur Zusammenfassung der Arbeiten wurde am Montag abend in Liegnitz durch die Arbeitsgemeinschaft, welche zwischen der Liegnitzer Gartenbau-Gesellschaft und der Bezirksgruppe Liegnitz und Umgebung im Reichsverband des Deutschen Gartenbaues besteht, eine Ortsgruppe des Vereins Deutscher Rosenfreunde für Liegnitz und Umgebung gegründet.

Die Liegnitzer Ortsgruppe dieses Vereins, die zweite ihrer Art in Schlesien, hat sich weitere Ziele gesteckt als die, welche mit der geplanten Rosenschau im Zusammenhang stehen. In der Hauptsache soll versucht werden, alle maßgebenden Kreise dafür zu gewinnen, daß das Hauptschmuckstück der Gugali, die große Roseninsel inmitten des künstlichen Teiches, über die Ausstellung hinaus erhalten bleibt. Außerdem soll durch den Zusammenschluß der Rosenfreunde und Rosenfreundinnen die Rosenzucht auch in Liegnitz gefördert werden, und zwar dadurch, daß zunächst eine Beratungsstelle eingerichtet wird, und daß gemeinsamer Bezug von Schädlings-Bekämpfungsmitteln, künstlichem Dünger und ein Bezug von hochstämmigen und niedrigen Rosen stattfindet.

Die erste Rosenschau beginnt am Sonnabend, den 9. Juli, mit der Enthüllungsfeier eines Denkmals für den schlesischen Rosendichter Johann Christian Günther. Anschließend daran findet eine Erläuterung der Farbenfolge bei den Schaubeeten durch Professor Krüger-Dresden statt, der 30 000 Rosen auf der Insel nach der Oswaldschen Farbenlehre angepflanzt hat. Auf der Roseninsel beginnen jetzt langsam die Knospen ihre wundervollen Blütenblätter zu entfalten.

Oeffentliche Erwerbslosenversammlung

Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Zentral-Ballsaal, Westendstraße. Redner: Stadtverordneter Genosse Ruffert.

Erwerbslose! Erscheint zahlreich, da eine wichtige Angelegenheit zur Debatte steht. Eintritt ist kostenlos und wird nur nach Vorzeigung der Stempelkarte gestattet.

Die Breslauer Erwerbslosen-Kommission der SPD.

Achtung, erwerbslose SO.-Mitglieder und Reichsbannerkameraden!

Die erwerbslosen SO.-Mitglieder und Reichsbannerkameraden treffen sich am Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 2 Uhr, am Eingang der Zentral-Ballsäle, Westendstraße, zum Ordnungsdienst für die Erwerbslosenversammlung.

Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

100 Kilometer nach Sechstageart in Grüneiche.

Zum ersten Male nach dem Kriege bringt der Verein für Radrennen am kommenden Sonntag, den 10. Juli, ein großes Mannschaftsrennen über 100 Kilometer zum Austrag. Das deutsche Radsportpublikum hat durch die Winterbahnen Geschmack an den Mannschaftsrennen nach Sechstageart gefunden, und durch diese Winterbahnen haben sich auch in unserem Heimatland eine große Anzahl Spezialisten für „Americans" herangebildet, die von den ausländischen Kanonen viel lernen konnten und die sich heute der besten internationalen Klasse ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen, zeigen. Bereits im Jahre 1910 unternahm der Verein für Radrennen mit einem Sechs-Stunden-Rennen hier in Breslau das große Wagnis, ein Mannschaftsrennen vom Stapel zu lassen. Zu damaliger Zeit mußte diese Veranstaltung unbedingt als gewagt bezeichnet werden, da solche Wettbewerbe hier vollkommen unbekannt waren. Trotzdem verlief dieses Rennen damals äußerst interessant und endete mit einem Ueberraschungssiege der Mannschaft Otto Meyer-Vaffke, während die großen Favoriten Rütt—Stool und andere überrundet im geschlagenen Felde einkamen. Kleinere Mannschaftsrennen, die nach dem Kriege im Rahmen großer Programme ausgefahren wurden, hatten natürlich nicht eine solche Bedeutung, wie man sie dem Rennen am kommenden Sonntag unbedingt zusprechen muß, verliefen jedoch fast immer sehr kampfreich. Die ausgezeichnete Besetzung, die das 100-Kilometer-Rennen am 10. Juli gefunden hat, verbürgt schon im voraus den Erfolg dieser Veranstaltung auf der ganzen Linie.

Neue Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes.

Bei Prüfung der Berufsunfähigkeit können die Vom-Hundert-Sätze verschiedener Leiden nicht einfach zahlenmäßig zusammengerechnet werden. Vielmehr muß geprüft werden, in welchem Umfange der Versicherte durch die Gesamtheit seiner Leiden in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt ist. Der nach § 58 des Angestelltenversicherungsgesetzes gewährte Kinderzuschuß für Enkel bleibt solange erhalten, als nicht eine Aenderung der Unterhaltsgewährung eintritt, die dem rechtskräftigen Bewilligungsbescheide zugrunde lag. Das Stillschweigen eines Rentenbewerbers auf die Aufforderung der Reichsversicherungsanstalt zur Einreichung von Unterlagen bedeutet noch keine Zurücknahme des Rentenantrages. Eine entsprechende Anwendung der Verordnung über die Anrechnung von Beitragsmonaten in der Angestelltenversicherung für Ausgewiesene oder Verdrängte aus dem besetzten und den Einbruchsgebieten des Westens ist auf Gebiete des Ostens nicht zulässig. Hat ein Angestellter in der Zeit vom 1. Januar 1913 bis Ende Juli 1914 seiner aktiven Dienstleistet, so kann nur die Kriegsdienstzeit, nicht auch die Zeit des aktiven Militärdienstes, auf die Wartezeit angerechnet werden.

Winterhilfe für Kriegsbeschädigte.

Auch in diesem Jahre stehen für die Winterhilfe zugunsten von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Vorschußmittel aus Zusatzrenten zur Verfügung. Die Bedingungen für die Inanspruchnahme dieser Mittel sind die gleichen wie in früheren Jahren. Die Fürsorgestellen tun gut, ihren Bedarf möglichst bald bei der Hauptfürsorgestelle anzumelden.

Von unseren Friedhöfen.

Um die neue Grabsteinordnung zu begutachten und den Ausbau der Friedhöfe zu besichtigen, lud die Friedhofsdeputation für Montag nachmittag der Verband der Grabsteingeschäfte, die Steinmetz-Innung und die Vertreter der Presse ein. Die Besichtigung erstreckte sich auf die Friedhöfe in Gräbschen und in Cosel. Es sind in diesen Tagen 60 Jahre her, seit der ältere Teil der Gräbschener Friedhöfe seinem Zwecke dient. Insgesamt umfassen die drei Friedhofsteile von Gräbschen 320 Morgen, es handelt sich mithin um die umfangreichste Friedhofsanlage, die Breslau besitzt. Der Friedhofsteil I wurde im Jahre 1867 im Anschluß an den ehemaligen Dorffriedhof von Gräbschen geschaffen. Er war nach der damals üblichen Weise in rechteckige Felder aufgeteilt, die durch Alleen getrennt waren. Seit 1916 ist mit der Wiederbelegung begonnen worden. Man hat die schönen, alten Baumbestände geschont, Coniferen dazwischen angepflanzt und in diesen Hain Parkgrabstätten eingefügt. Schöne Denkmale sind hier bereits aufgestellt worden. An diesen Friedhofsteil schließt sich rechts die Friedhofsgärtnerei an. Hier werden sämtliche Blumen, Bäume und Sträucher, die zur Anlage und Pflege des Friedhofs gebraucht werden, herangezogen, zum Teil in modern eingerichteten Gewächshäusern und einer großen Anzahl von Frühbeeten.

Der Friedhofsteil II liegt auf der westlichen Seite der Opperauer Chaussee. Die Umänderungen, die hier am Eingang zur Gierthschen Kapelle geschaffen sind, bedeuten eine wesentliche Verbesserung. Nicht nur, daß jetzt die Gräbschener Straße in einen würdigen Zustand versetzt wird und die bis dahin unglaublichen Verkehrsverhältnisse günstiger gestaltet werden, sondern auch der Eingang zum Friedhof hat ein großzügigeres Gepräge erhalten.

Dieser Friedhofsteil II zeigt besonders deutlich zwei aufeinanderfolgende Richtungen in der Garten- und Friedhofsgestaltung; im vorderen Teil die nüchterne, schachbrettartige Aufteilung aus dem Jahre 1881, jetzt allerdings nicht mehr nüchtern wirkend durch die inzwischen zu schönen Alleen herangewachsenen Bäume und die weiten Rasenflächen, unterbrochen von vereinzelten Grabhügeln, Bäumen und Sträuchern, unter denen der Lebensbaum vorherrscht, wie auf allen alten Friedhöfen. Mit der Wiederbelegung, die nach ganz bestimmten Gesichtspunkten erfolgen soll, wird bereits begonnen. Im hinteren Teil ist die Friedhofsanlage landschaftlich im Sinne der vor 25 Jahren vorherrschenden Richtung gestaltet. Man suchte durch geschlungene Kurvenwege im Gegensatz zu den schnurgeraden, langweiligen Alleen immer neue Ueberraschungen zu erzielen. Die Folge davon ist eine unübersichtlichere Aufteilung und schwierige Belegung. Die Natur hat auch hier gemildert, und ein parkartiger Streifen am Ufer der Lohe und der recht geschickt eingefügte Urnenhain haben die ganze Anlage wieder gehoben. Im Urnenhain sind noch gute Denkmale zu finden, zum Teil schlichter, einfacher Art, aber gerade dadurch gut. Als Denksteine für die Reihenstellen sind kleine, liegende Platten vorgeschrieben, die Blumenpflanzung dazwischen soll möglichst einheitlich gehalten werden, damit ein kleinliches Anhäufen verschiedener Grabstellen vermieden wird.

Mit Teil I durch Gartenanlagen verbunden, liegt auch auf der östlichen Seite der Opperauer Chaussee der neue Friedhofsteil III, dessen Anlage im Jahre 1916 begonnen wurde. Diese ist bei weitem übersichtlicher gestaltet. Die Hauptachse führt auf das Krematorium zu, dem ein Rosenhof, umgeben von Hecken, vorgelagert ist. Hier blühen augenblicklich dunkelrote Polyantha-Rosen, und zwar die rote Eva Teschendorf und die weiße Ebloui ssant. An den Hecken entlang sind Hoch- und Halbstämme gepflanzt, unter denen die schönsten Neuheiten zu finden sind. Die neue Grabdenkmal-Ordnung auf den Reihengrabfeldern sorgt dafür, daß das Anhäufen geschmackloser, nicht zusammenpassender Grabsteine vermieden wird. Jedes Feld, das fertig belegt ist, wird sorgfältig mit Bäumen und Sträuchern durchpflanzt. Die Grabdenkmal-Ordnung, die Höhe und Material des Denkmals vorschreibt, ist wohl hin und wieder für den einzelnen unbequem, im Interesse der Gesamtheit aber notwendig. Absolut wünschenswert ist, daß schwarzer, polierter Marmor nicht mehr verwendet wird und auch der in den letzten Jahren vielfach verwendete Kunststein außer Kurs kommt. Granit und Sandstein dagegen sollen wegen ihrer schönen und ruhigen Wirkung von allen Denkmalsbestellern bevorzugt werden.

Die italienische Regierung hat zur Bestattung ihrer in Sachsen und Schlesien gestorbenen Krieger ein Gelände auf dem neuen Gräbschener Friedhof angekauft, dessen Ausgestaltung bereits in Angriff genommen wird. Die Ueberführung der Leichen, deren Anzahl sich auf 1200 beläuft, wird in den nächsten Tagen erfolgen. Für Friedhofsteil III ist außerdem eine Erweiterung in Aussicht genommen, für die Gelände und Entwurf bereits feststehen. Sie schließt sich südlich an den Friedhof an und soll sich in Hauptachsen und Aufteilung harmonisch dem Ganzen angliedern.

Auf dem Friedhof in Cosel kann man die Gegenüberstellung von früheren Geschmacklosigkeiten und jetziger Grabdenkmal-Ordnung besonders deutlich beobachten. Die Denkmäler auf dem alten Friedhof, der im landschaftlichen Stil angelegt ist, sind fast ausschließlich geschmacklose Industriewerke, viel polierte, schwarze Steine, dazu schlechte Gitter, mit denen aufzuräumen wirklich ander Zeit war. Neben der Kapelle haben die Gemeinden Paulus, Barbara und St. Georg für ihre im Weltkriege Gefallenen einen Ehrenfriedhof erhalten. 60 Krieger sind in dem kleinen Heckenhof beigesetzt worden, der durch einheitliche Bepflanzung mit Efeu, der Polyantha-Rose Rödhätte und schlichte, gleichartige Denksteine einen harmonischen Eindruck macht.

Jenseits der Pilsnitzer Chaussee liegt der im Jahre 1915 dazugekommene zweite Teil. Den Eingang bildet zurzeit noch ein recht primitives Tor, das aber bald durch eine der Bedeutung des Friedhofs entsprechende Toranlage ersetzt werden soll. Man überblickt von hier aus eine weite, regelmäßige Rasenfläche mit einem Rosenparterre im Vordergrund. Der richtige Eindruck wird erst später erzielt werden, wenn die Linden herangewachsen sind, die die Rasenfläche umgeben, und wenn die Unterstandshalle, die den Abschluß bilden soll, zur Wirklichkeit geworden ist. Von dem Mittelteil strahlen die Wege, die das Friedhofgelände erschließen, radial aus. Sie münden alle in einen großen Umgehungsweg, an dem sich Waldgrabstätten entlang ziehen. Da der Hintergrund überdies vom Bebelpark und einem Rest des alten Kiefernwaldes gebildet wird, liegt der Friedhof als abgeschlossenes Ganzes da. Im Zentrum der Anlage befinden sich Erbbegräbnisse und Randgräber, auf den weiter außen liegenden Feldern die Reihengräber, bei denen sich ein günstiges Einwirken der neuen Grabdenkmal-Ordnung bemerkbar macht.

Die Gärtnerei, die zum Coseler Friedhof gehört, liegt in Gandau. Hier in Cosel liegt nur ein kleines, hauptsächlich als Baumschule benutztes Gärtnereigelände neben dem Friedhof. Es enthält auch zwei neue Gebäude, von denen eins als Wohnung des Obergärtners, das andere als Kutscherwohnung und Pferdestall dient. Beide sind modern und gut eingerichtet, wie man überhaupt bemüht ist, sich auch für die Friedhöfe die technischen Errungenschaften der Neuzeit, wie Elektrowagen, Wegwalze, Bodenfräse, Beregnungsanlage usw., zu eigen zu machen.

Als unschön empfunden wurden zahlreiche Bänke an Grabstellen, die mit ihrer Lehne über die gepflanzten Hecken hinausragen. Allen Hinterbliebenen ist das Aufstellen unauffälliger Bänke ohne Lehne zu empfehlen. In Gräbschen sieht man oft, besonders auch an Urnengräbern, weißen Marmorkies als sehr zweifelhaften „Grabschmuck" verwendet. Es wird sehr gebeten, künftig auch von dieser Unnatürlichkeit Abstand zu nehmen. Die Ruhe des Friedhofsbildes wird dadurch gestört. Die Verwaltung strebt überall durch schöne Pflanzungen einen ruhigen, promenadenartigen Charakter der Friedhöfe an, die der Bevölkerung zur Erholung und Erbauung dienen sollen.

Der Angler.

Aus Kreisen der Arbeiter-Angler wird uns geschrieben:

Der Zug des Sportlers geht ins Freie! Sich anlehnend an die Allmutter Natur, fühlt er sich in seinem Element. Wenn es der Menschen viele gibt, die für sportliche Betätigung weder Gefühl noch Neigung haben, so sollte doch der Versuch gemacht werden, sich einigermaßen in die Psyche eines Sportbeflissenen hineinzufinden. Der am meisten unverstandene Sportzweig ist wohl der Angelsport. Wieviel abfällige und unverständliche Bemerkungen man über diesen Sport aus dem Munde der großen Masse hören kann, geht auf keine Kuhhaut. Natürlich darf man sich einer gewissen Skepsis nicht verschließen, wenn man bedenkt, daß es drei Arten von Anglern gibt, der „Wilde", der sich ohne sportliche Gefühle am verstecktesten Winkel irgend eines Gewässers dem Auge des Gesetzes entzieht; der „Unorganisierte" und der „organisierte", mit seinen Vereinsgenossen lernende, übende und mit den nötigen fischereigesetzlichen Kenntnissen ausgerüstete Sportler. Der erstere kümmert sich um nichts anderes, als vor den Augen der Oeffentlichkeit verborgen zu bleiben und bezeigt nur Gier in Fang und Methode. Den unorganisierten fehlt es an nötiger Aufklärung durch Aussprache mit den Genossen, und nur die organisierten kommen sportlich in Frage. Unorganisierter Angelsport ist Dilettantentum, organisierter hebendes und treibendes Element mit dem Fluidum der Zusammengehörigkeit am Fischwasser wie im brausenden Kampf der Meinungen. Doch eines wissen wenige, und wüßten es alle, so wäre der Angelsport das, was er ist und sein muß für die Oeffentlichkeit. Der organisierte Angelfreund kostet nicht nur die Freuden seiner Betätigung als Angler aus, er übernimmt Verpflichtungen, die ihm eigentlich erst das gute Recht seiner Betätigung am Fischwasser zusprechen. Wasserpflege, Fischpflege und Neubesatz, Beobachtungen durch Belehrung über erkannte Fischkrankheiten und Seuchen, fahrlässiger Verunreinigungen der Gewässer durch Fabrikanlagen und deren verlangte Abstellung im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden, Verdrängung der Raubfischerei durch Kontrolle, Beobachtungen über Fang fischereigesetzlich untermäßiger Fische aus öffentlichen Gewässern und deren Offerieren auf dem Fischmarkt, dies alles zum Nutzen der Oeffentlichkeit, in verständnisvollem Einreihen in diese. Aus Unverstand und Teilnahmslosigkeit gegenüber der wirklich sportlichen Betätigung des Anglers entstehen die Glossen und Schnitzeln, die immer wieder in Tagesblättern und in Köpfen ganz Schlauer ihr Domizil finden. Der Angelsport ist ja auch letzten Endes ein

Für die Reise

Chlorodont-Zahnpaste
die herrlich erfrischend schmeckende Pfefferminz-Zahnpaste. Tube 60 Pf. und 1.— Mark.
Chlorodont-Mundwasser
mit gleichem köstlichem Pfefferminz-Aroma. Reise-Spritzflasche 1.25 Mark.
Chlorodont-Zahnbürste
Spezialbürste mit gezahntem Borstenschnitt. 70 Pf. und 1.25 Mark.

Sport der Aelteren; derjenigen, die mit den Jungen in lebhafteren Sportzweigen keine großen „Sprünge" mehr riskieren können, aber trotzdem das Bedürfnis empfinden, auf ihre Art sich in freien Stunden der Allmutter Natur in die Arme zu legen. So ist auch der Angelsport ein edles Beginnen im ewigen Jagen um Brot im Leben. O. R.

Der provozierende Stahlhelmmann.

In welcher Weise Stahlhelmleute die Mitbürger provozieren und reizen, zeigte recht deutlich eine Gerichtsverhandlung am Montag vor dem Großen Schöffengericht. Der Jungstahlhelmmann Georg Göhlich kam am 30. September v. J. vom Kleinkaliberschießen. Das Gewehr auf dem Rücken, fuhr er auf dem Fahrrade die Hundsfelder Chaussee entlang. Nicht genug damit, daß er durch den geballten Anblick reizte, kam er sich in seiner Würde auch derartig geschwollen vor, daß er meinte, die Leute müßten vor ihm den Fußweg freimachen, damit er dort mit dem Rade fahren könne. Hierüber war der Hilfsmonteur Karl Kolberg sehr empört, zumal der Stahlhelmer so nahe an die Fußgänger heranfuhr, daß er ein Kind streifte. Hierbei äußerte der Radfahrer zu K., er solle Platz machen, sonst knalle er ihn über den Haufen. Die Folge dieser Anrempelung war eine Schlägerei zwischen Kolberg und Göhlich, bei der dem letzteren das Gewehr von der Schulter fiel. Der hinzukommende Steingutgießer Wrona hob das Gewehr auf, um weiteres Unheil zu verhüten, und rief dem Göhlich zu, daß er es bei dem Amtsvorsteher abgeben werde. Die Folge dieses Zusammenstoßes war ein Strafverfahren gegen Kolberg und Wrona wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung des Göhlich und öffentlicher Beleidigung, denn Kolberg sollte dem Göhlich „Mordbube" zugerufen haben. In der Verhandlung am Montag bestritt Göhlich, gesagt zu haben, daß er den Kolberg über den Haufen knallen wolle. Wie immer bei solchen Prozessen, waren die Zeugen in zwei verschiedene Lager gespalten. Eine Zeugin bekundete sogar, was sonst niemand gesehen hatte, daß Wrona Göhlich geschlagen habe. Das Gericht war der Ansicht, daß Kolberg ohne jede andere Veranlassung, lediglich nur deshalb, weil Göhlich, mit dem Stahlhelmabzeichen angetan, von einer Schießübung zurückkam, diesen zur Rede gestellt und auf ihn eingeschlagen habe. Ohne jede Veranlassung habe auch Wrona dem Göhlich Backpfeifen verabfolgt. Das Urteil gegen Kolberg lautete wegen Körperverletzung und öffentlicher Beleidigung auf 80 Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils in einer Tageszeitung und gegen Wrona wegen Körperverletzung auf 40 Mark Geldstrafe.

Das neue Arbeitsgericht

ist am 1. Juli in Kraft getreten. Leider hat man aber nicht dafür gesorgt, daß der Geschäftsbetrieb der neuen staatlichen Gerichte sich unmittelbar an den der bisherigen gemeindlichen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte anschloß. Derzeit wird noch an der Uebergabe der Akten und der Neueinrichtung der für das Arbeitsgericht beibehaltenen Geschäftsräume in der Springerstraße 5/9 gearbeitet und es ist kaum anzunehmen, daß die Verhandlungen vor Ende der Woche beginnen. Damit ergibt sich für die rechtsuchenden Arbeitnehmer eine vielfach sicher sehr fühlbare Verzögerung ihrer Streitverfahren. Es darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß das neue Gericht durch schnelle Spruchpraxis diese Verzögerung einzuholen und das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft in ihre bisherige Sondergerichtsbarkeit auf die Arbeitsgerichte zu übertragen versteht.

Hausfriedensbruch.

Ein Hilfsmonteur hatte sich am 15. Februar während der Mittagspause auf ein Gelände in Carlowitz begeben, wo Notstandsarbeiten ausgeführt wurden. Als er sich in der Baubude aufhielt und mit den dort beschäftigten Notstandsarbeitern sprach, kam der Bauführer, der ihn vom Gelände verwies. Trotz mehrmaliger Aufforderung, leistete er aber keine Folge und so wurde gegen ihn Strafantrag wegen Hausfriedensbruches gestellt. Das Große Schöffengericht verurteilte ihn zu 30 Mark Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängnis. Er hatte sich dahin verteidigt, daß ihn die Notstandsarbeiter als Schriftführer gewählt hätten und er als solcher Zutritt zu den Notstandsarbeitern habe.

Weitergehen!

In außerordentlich zahlreichen Fällen müssen sich Leute vor dem Gericht verantworten, weil sie entweder der Aufforderung eines Polizeibeamten zum Weitergehen nicht nachgekommen sind, oder daß sie bei Feststellung ihrer Personalien oder beim Abführen Widerstand leisteten. Meistens handelt es sich um völlig unbestrafte Leute, die nun auf Grund der Aussagen der Polizeibeamten unbedingt verurteilt werden müssen. Jeder sollte es sich zum Prinzip machen, besonders an aufgeregten Tagen den Anweisungen der Polizeibeamten sofort Folge zu leisten, denn die Polizeibeamten haben für solche Tage den Befehl, Stehenbleibende zum Weitergehen zu veranlassen und Gruppenbildungen zu verhüten. So werden also die Zivilpersonen immer im Unrecht sein, und die Folge ist ein Strafbefehl oder gar eine Anklage, und der ohnehin unzureichende Verdienst geht zum Teil auf die Zahlung von Geldstrafen drauf. Eine ganze Anzahl solcher Widerstandsprozesse hatte der blutige Dienstag im September vorigen Jahres im Gefolge. Nach den Zusammenstößen am Ring zwischen den Demonstranten und der Schutzpolizei bildeten sich bis spät in den Abend hinein überall Gruppen, die über die Vorkommnisse debattierten. Die Polizei hatte aber den Befehl erhalten, alle Gruppenbildungen zu zerstreuen. Anstatt den polizeilichen Anweisungen zu folgen, werden erst allerlei Einwendungen gemacht, und die Polizei ist an solchen Tagen auch etwas nervös und faßt vielleicht etwas schärfer zu, als sie es sonst tun würde. Die Strafen, die dann folgen, sind im allgemeinen 20 bis 50 Mk., und wenn auch Ratenzahlungen bewilligt werden, so ist dies doch eine ganz erheblich und völlig überflüssige Belastung des schmalen Haushalts. Darum folge jeder, besonders aber an aufgeregten Tagen, den Anweisungen der Polizeibeamten.

Der Besuch des preußischen Siedlungsausschusses.

Der Ausschuß für Wohnungs-, Heimstätten- und Kleingartenwesen des Preußischen Landtages ist, wie gemeldet, am Sonnabend nachmittag von Waldenburg hier eingetroffen und im Fürstensaal des Rathauses vom Oberbürgermeister begrüßt worden. Die Lage der Wohnungswirtschaft in Breslau, der Umfang des hiesigen Wohnungselends und die unbedingte Notwendigkeit, auch durch verstärkte Staatshilfe zur Beseitigung der Notzustände beizutragen, wurde durch eingehende Vorträge des Stadtrats Dr. Fuchs und Stadtbaudirektors Behrendt erläutert, deren Ausführungen noch insbesondere hinsichtlich der Schwierigkeiten der Obdachlosenunterbringung durch die Darlegungen des Magistratsrats Dr. Guttmann ergänzt wurden. An die Vorträge schloß sich ein geselliges Zusammensein im Schweidnitzer Keller an, das Gelegenheit zu einem lebhaften Meinungsaustausch zwischen den Ausschußmitgliedern und den Magistratsvertretern gab.

Sonntag vormittag hat dann der Ausschuß, in dessen Begleitung sich die Ministerialräte Lehmann vom Volkswohlfahrtsministerium und Dr. ing. Behrendt vom Finanzministerium befanden, eine mehrstündige Besichtigungsfahrt durch die Altwohnungsquartiere und neuen Siedlungen der Stadt vorgenommen. Auf besonderen Wunsch des Ausschusses wurde insbesondere eine größere Anzahl von minderwertigen, überbelegten Wohnquartieren vorgeführt, die, wenn die Wohnungsnot in Breslau nicht einen so erschreckenden Umfang hätte, längst für Wohnzwecke hätten gesperrt sein müssen. Besichtigt wurden ferner die Siedlungen in Zimpel und Pöpelwitz, Eichborngarten, Am Sauerbrunn und die Schupo-Siedlung in Krietern. Daneben wurde eine größere Anzahl der umfangreichen, im Bau befindlichen Privatbauvorhaben und der allein von der Stadt für die Obdachlosenunterbringung geschaffene Wohnhof an der Langen Gasse gezeigt. Die Ausschußmitglieder sind den Besichtigungen mit regstem Interesse gefolgt und haben insbesondere nach dem Abschluß der Besichtigungsfahrt durch den Mund ihres Vorsitzenden, des Abgeordneten Bergmann, zum Ausdruck gebracht, daß sich der Ausschuß in vollem Umfange von der besonderen Wohnungsnotlage der Stadt Breslau und davon überzeugt habe, daß im Rahmen des irgend Möglichen die Bemühungen der Stadt zur Bekämpfung des Wohnungselends vom Staate unterstützt werden müßten. Andererseits wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, daß die bisherigen Leistungen der Stadt auf dem Gebiete des Wohnungsbaues die volle Anerkennung des Landtagsausschusses gefunden hätten. Die straffe Organisation und die erfolgreiche Einflußnahme der Stadt auf die Siedlungsentwicklung in technischer Beziehung wurden als besonders gelungen bezeichnet und den Schöpfern dieser Verwaltungs- und technischen Organisation — Stadtrat Dr. Fuchs und Stadtbaudirektor Behrendt — sowie allen ihren Mitarbeitern hierzu die besondere Anerkennung des Ausschusses ausgesprochen. Den Ausführungen des Vorsitzenden schloß sich auch der Vertreter der Staatsregierung, Ministerialrat Lehmann, mit warmen Dankesworten an, nachdem vorher Oberbürgermeister Dr. Wagner und Regierungspräsident Dr. Jacnicke dem Ausschuß nochmals eindringlich die Nöte Niederschlesiens und Breslaus ans Herz gelegt hatten. Besonderes Interesse hat beim Ausschuß die Lösung der Obdachlosenunterbringungsfrage durch die Wohnhofanlage an der Langen Gasse hervorgerufen, die von den Ausschußmitgliedern als vorbildlich vor allem deshalb bezeichnet wurde, weil das Gebäude nach Ueberwindung der Wohnungsnotschwierigkeiten ohne weiteres anderen Zwecken — der Verwendung als Altersheim oder Ledigenheim — werde zugeführt werden können. Für die an dem Aufbau der Siedlungen beteiligten Architekten wird es eine besondere Genugtuung sein, daß die Siedlungen insbesondere auch in architektonischer Hinsicht von den Fachleuten, vor allem von Ministerialrat Dr. Ingenieur Behrendt, dem bekannten Kunst- und Architektur-Schriftsteller, als vorzügliche Leistungen beurteilt wurden.

Sonntag, kurz nach 2 Uhr, setzte der Ausschuß seine Reise nach Oberschlesien fort mit der Versicherung, daß die in Breslau gewonnenen Eindrücke die künftige Stellungnahme des Ausschusses, insbesondere auch gegenüber den mittelschlesischen und Breslauer Wohnungsverhältnissen nachhaltig beeinflußt werden.

---

* **Kampfliederabend.** Wir machen nochmals auf den, heute Abend, 20 Uhr, in der Margaretenschule stattfindenden Kampfliederabend, der Jungsozialisten aufmerksam. Alle proletarischen Jugendorganisationen können sich daran beteiligen.

* **Das Büro des Stadtausschusses** des Stadtkreises Breslau ist am Montag von der Springerstraße 5/9 nach den Räumen des Büros VI, Am Rathaus 10, verlegt worden. Dem Stadtausschuß liegt unter anderem die Konzessionierung von Gastwirtsbetrieben ob.

* **Der Verband preußischer Polizeibeamter** veranstaltet Sonntag, den 10. Juli, im Friebeberg ein Wohltätigkeitsfest zugunsten erkrankter und unterstützungsbedürftiger Mitglieder.

* **Von einem Radfahrer angefahren** wurde gestern nachmittag in der Ohlauer Straße eine Dame beim Ueberschreiten der Straße. Sie erlitt Verletzungen an Armen und Beinen. Der zu schnell fahrende Radfahrer konnte von einem Polizeibeamten festgestellt werden.

* **Ein schwerer Straßenunfall** ereignete sich am 25. Juni in der Brüderstraße, Ecke Tauentzienstraße. Hier wurde der Arbeitsbursche Richard Thiem, wohnhaft Hirschstraße 11, von einem Pferdefuhrwerk der Firma Kahlert erfaßt und überfahren. Mit gebrochenen Unterschenkeln wurde der Verunglückte ins Krankenhaus der Barmherzigen Brüder geschafft. Gegen den Kutscher ist ein Strafverfahren wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung eingeleitet worden.

* **Die Fahrraddiebstähle reißen nicht ab.** Neuerdings haben ihre Räder eingebüßt ein Maurer, ein Kassenbote, ein Lehrling und ein Erwerbsloser. Letzterem wurde das Rad, das mit einer starken Kette angeschlossen war, an der Sternschanze gestohlen. Es sollte jeder Fahrradbesitzer sein Rad nur in geschlossenen Räumen einstellen, oder in einer Räder-Aufbewahrungsstelle gegen ein geringes Entgelt in Verwahrung geben. Das Anschließen des Rades an eine Kette, auch wenn diese stark ist, bietet keinen unbedingten Schutz gegen Diebstahl, da die routinierten Spitzbuben auch starkere Ketten mit Leichtigkeit durchzwicken.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:

Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Telefon: Ohle 5652

Abteilung Südwest. Mittwoch, den 6. Juli, abends 8 Uhr, Abteilungs-Funktionärversammlung bei Scholz, Schillerstraße 23. Außerdem nehmen sämtliche S.O.-Mitglieder der Abteilung teil.

Sozialistischer Jugendverbund. Für den Bezirk Ost ist der Genosse Kobilke zum organisatorischen Leiter bestimmt. Sämtliche Auskünfte, Anmeldungen usw., werden jeden Mittwoch, bis 19 Uhr, in der S.A.J.-Baracke, Teichäcker, erledigt. Burschen der J.A.J. benutzt die Gelegenheit, auch über den S.J.V. zu unterrichten. Donnerstag, 19,45 Uhr, in der Pestalozzischule Antreten. Vor dem Ausmarsch Ausgabe der Autofahrtmarken. Den kommenden Sonntag hält sich jeder Genosse zur Beteiligung an unserem Gartenfest mit Wimpelweihe im „Bergkeller" frei. Die Weiherede hält Genosse Karl Pietsch.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Jugendbanner. Kameraden, die am Sonntag, den 10. Juli, die Autofahrt nach **Wohlau** mitmachen, melden sich sofort bei ihrem Bannerführer. Bannerführer bis Freitag, den 8. Juli, Listen einreichen und abrechnen.

Ortsverein. Bannerführer, Mittwoch, den 6. Juli, im Büro Material abholen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Heim 2. Wir treffen uns 19,30 Uhr bei Rademacher. Näheres dort.

Zentrale Spielgruppe. Morgen Mittwoch, pünktlich 20 Uhr, Probe, Fürstenschule. Alles muß erscheinen.

Heim 3. Funktionäre. Mittwoch, 20 Uhr, wichtige Funktionärsitzung, in der Bendersschule. Erscheinen aller ist Pflicht.

Heim 4. Mittwoch treffen wir uns pünktlich um ¾8 Uhr am Lehrerinnenseminar zu Außenspielen. Leitung: Bruno Mandel. Freitag um ¾8 Uhr im Heim, Sprendelstraße 6. Sonntag um ½6 Uhr Treffen am Oderkanal zur Badetour. Führer ist Genosse Hans Litwa. Der Beitrag für Juli ist bestimmt diese Woche mitzubringen. Nächste Woche, Montag: Heim-Funktionärsitzung. Jeder Funktionär hält sich bestimmt hierfür frei.

Heim 7. Heute abend beteiligen wir uns zahlreich am Liederabend der Jungsozialisten. Wir gehen also nicht auf die Wiese, sondern in die Margaretenschule.

Heim 8. Wir treffen uns heute abend um ¾8 Uhr am Heim und gehen auf die Wiese. Bringt Bälle mit.

Bund der Freidenkerjugend. Heute, 20 Uhr, ist unsere Mitgliederversammlung. Alles, was in Brandschutz beteiligt war, muß bestimmt erscheinen.

Kommenden Sonnabend spricht Genosse A. Stein, Leiter des Reichs-Bildungsausschusses, über: „Die Aufgaben der Jungsozialisten und die Arbeiterbewegung".

Kapitalarbeitsgemeinschaft. Heute, abends 19,30 Uhr, Margaretenschule.

Jungsozialisten. Dienstag, den 5. Juli, abends 20 Uhr, findet wieder unser erster revolutionärer Liederabend in der Margaretenschule (Tauentzien-, Ecke Grünstraße) statt. Arbeiter-Jugend und sozialistische Jungarbeiter beteiligen sich daran. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen eines jeden ist Pflicht.

Die gesamte arbeitende Jugend Breslaus und die Parteigenossenschaft ist eingeladen. Besonders eingeladen sind die parteigenössischen Kritiker der Jungsozialisten. Der Vortrag findet in der S.A.J.-Baracke, an den Teichäckern, statt.

Gruppe Scheitnig, Sandtor, Odertor. Mittwoch, 19,30 Uhr, in der Bendersschule, am Lehmdamm, Funktionärsitzung. 20 Uhr, ebenda, Referat und Korreferat: „Das System Poper-Synkens und sein Verhältnis zum Sozialismus." Referentin: Erika Schmidt; Korreferent: Walter Blassig.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Alle Kielfahrer! Wir treffen uns heute, 5 Uhr, in der Baracke zur Besprechung. Die Kinder aus Gruppe 2 und 3 treffen sich um ½5 Uhr am Gneisenauplatz. Seid aber recht pünktlich.

Gruppe 5. Donnerstag, 6 Uhr morgens. Treffen nur der Aelteren Gruppe am Sonnenplatz; bei Regen um 4 Uhr nachmittags im Heim. — Freitag, früh 9 Uhr, Treffen der Jüngeren-Gruppe bei jeder Witterung an der Carolusklinik. Essen und Trinken mitbringen.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Während in Mitteldeutschland aufheiternde, wärmere Witterung eingetreten ist, kam es in Mittelschlesien in den gestrigen Abendstunden zu verbreiteten Gewittern, die stellenweise von wolkenbruchartigen Niederschlägen begleitet waren. Das Zentrum der ungewöhnlich kräftigen Störung 33 A hat bereits nordwärts bewegt und liegt noch immer westlich von Schottland. An seiner Vorderseite dürfte es auch in den Sudetenländern zur Ausbildung eines Föhnstadiums kommen, so daß wir bei vielfach aufheiterndem Wetter mit einer erheblichen Steigerung der Temperatur zurechnen haben. Erst späterhin dürfte es erneut zu Gewittern kommen.

Aussichten für das schlesische Flachland, Mittel- und Hochgebirge:

Zeitweise föhnig-auffrischender Südwest, aufheiterndes Wetter, ganz vereinzelt noch lokale Gewitter.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 4. 7. 27.	Temperatur heut früh	Temperatur Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	15	20	13	heiter	Nw 2		
Görlitz	15	20	12	"	NW 1	0,2	
Liegnitz	16	20	13	"	W 1	4,0	
Bad Flinsberg	12	19	11	bedeckt	S 1		
Heufuderbaude	12	17	7	"	W 2	2,4	
Oberschreiberhau	7	18	6	"	SW 7	0,8	
A. Schles. Baude	12	11	8	bedeckt Nebel	N 1		
Reisträgerbaude	9	10	7	"	N 2	2,3	
Schneekoppe	8	8	4	Nebel	NNW 6	0,4	
Dittersbach	16	18	12	heiter	ONO 1	10,0	
Krietern	16	20	12	"	NNW 1	13,8	
Zobten							
Bad Salzbrunn	16	18	11	heiter	SW 1	7,0	
Friedland (Bez. Breslau)	14	18	10	heiter	NW 3	1,0	
Reinerz	15	19	10	"	NO 2	5,7	
Landeck	15	20	9	wolkig	still	6,0	
Reichenstein	15	20	12	bedeckt	SW 2	0,4	
Festenberg	15	20	11	heiter	WSW 2		
Neisse	15	21	12	wolkig	NNW 1	8,0	
Breslau	14	21	13	"	SW 1	8,0	
Kreuzburg							
Gleiwitz	14	21	13	wolkig	WSW 1		
Beuthen						12	

Wasserstand

5. Juli.

Ratibor	1,24	Ransern (Unter-Pegel)	2,40
Neisse (Stadt) vom 4. 7.	—0,45	Dyhernfurth	1,70
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,64	Abflußmenge sekundlich 98 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2,34	Fürstenberg vom 4. 7.	0,95
Treschen	1,12	Wasserwärme + 19,2	

Vereinskalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Breslau. Am Donnerstag, den 7. Juli, 19½ Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, wichtige Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute. Als Ausweis gilt das Mitgliedsbuch und die Legitimationskarte. Die Ortsverwaltung.

— Installateure und Helfer. Mittwoch, den 6. Juli, 20 Uhr, Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses. — Donnerstag, den 7. Juli, 20 Uhr, Branchenversammlung der Installateure und Helfer im Zimmer 6. Die Ortsverwaltung.

Konzerte.

Sängerfest.

Die schlesischen Vereine des Deutschen Sängerbundes haben sich neuerdings zu einem Kreis zusammengeschlossen, dessen erstes Sängerfest sie im Messehof und in der Jahrhunderthalle begingen. Es gelang ihnen, zu beiden gleichzeitig stattfindenden Hauptkonzerten je viertausend Sänger aufs Podium zu bringen. Obwohl sich mit einem so ungewöhnlich großen Klangkörper prächtige Monumentalwirkungen erzielen lassen, blieb der Gesamteindruck in diesem Falle allerdings ziemlich matt. Der Hauptnachteil des Massenchorgesanges — mangelnde gemeinsame Vorübung unter demselben Dirigenten — machte sich deutlich bemerkbar. Zwar ließen sich Bemühungen um den Stimmenausgleich am Zurücktreten der Mittelstimmen wahrnehmen, aber der Unebenheiten im Rhythmischen, in der Textaussprache (Endkonsonanten!), in der Atemverteilung und gar erst in der Vortragsnuancierung gab es so viele, daß ein ungetrübter Genuß nicht aufkommen konnte. Zudem reizte das Programm geradezu zur Ablehnung. Es ist uns einfach unverständlich, wie der mitverantwortliche Heinrich Melcher, den wir als einen Künstler von Geschmack kennen, eine derartige Vortragsfolge zulassen konnte. Einer der wesentlichsten Zwecke eines Sängerfestes sollte es sein, ein Bild vom gegenwärtigen Stande der Chorliteratur zu geben. Dieser Versuch wurde auch nicht in einem Falle unternommen. Statt dessen kamen, fast ohne Ausnahme, schwülstige Vaterlandslieder und seichte, rührselige Strophengesänge zur Aufführung. Radeckes „Aus der Jugendzeit", Wohlgemuts „Schön ist die Jugend", Kremsers „Wenn zwei sich gut sin" und das Mittmannsche „Schlesierlied" sind doch wirklich schon zu verstaubte Schlager, als daß sie noch festlich stimmen könnten. Selbst von Hegar, wo sich reichlich Geeignetes gefunden hätte, wurde einer der schwächsten Chöre ausgewählt. So stand ziemlich isoliert, als anspruchsvoll und interessant, Bruckners „Trösterin Musik" da.

Wir nahmen Gelegenheit, jedes der beiden Konzerte, teilweise, anzuhören. Die Gesamtchöre im Messehof dirigierte Heinrich Melcher. Klangschön und klar brachte er die Hegarsche „Muttersprache" zu Gehör. Im Schlußchor von Rudolf Buck „Vaterland" trat das Schlesische Landesorchester hinzu, das seine ungewohnte Aufgabe mühelos und einwandfrei erfüllte. Von den Einzelchören, die wir hörten, zeichnete sich der 4. Gau des Schlesischen Sängerbundes unter Leitung Müllers (Oels) durch milde Tongebung aus. Das Weinzierlsche mäßige „Wüchsen mir Flügel" verträgt größere Gestaltungsfreiheit. Mit der Tonreinheit hatte der unter der Führung P. Busses stehende Brieger Gau VI des Schlesischen Bundes zu kämpfen. Das Stimmungsbild „Morgen im Walde" verlor dadurch an Leben und Frische. — In der Jahrhunderthalle leitete Otto Krause-Liegnitz. Er hatte einen großen Feind in der Akustik der Riesenkuppel. Ungewollte Echowirkungen und Klangverzerrungen bereiteten den Ausführenden Nöte und schwächten die Wirkung ab. Wuchtig und dabei maßvoll wurde trotzdem Beethovens „Ehre Gottes aus der Natur" vorgetragen, ebenso der schon erwähnte Hymnus „Vaterland". Der Oberschlesische Provinzial-Sängerbund (Leitung: Richard Ottinger-Ratibor) war am stärksten in „Gottes Macht und Vorsehung" von Beethoven. Ein etwas eintöniges Oberschlesierlied sang der Oberschlesische Sängerbund unter Paul Jaschke und holte sich damit starken Applaus. Um differenzierten Vortrag war K. Gerigk, der Dirigent des Gaues Liegnitz, bemüht. Auch er besitzt ausreichendes Material für Wertvolleres als Fichtelbergers altmodisches Lied „Des Königs Grenadiere". An Stelle des Orchesters trat in der Jahrhunderthalle die von Hermann Lilge gemeisterte große Orgel. M. S—der.

Filmschau.

Promenaden-Theater. „Hotel Stadt Lemberg". Der Film ist in Breslau schon gespielt und besprochen worden. Nun man Gelegenheit hatte, „Mata Hari" zu sehen, lockten uns diese beiden Filme zu Vergleichen, bei denen „Hotel Stadt Lemberg" nicht besonders gut abschneidet. Er bleibt eben ein (wenn auch ganz prachtvoll aufgemacht) Kriegsfilm mit zu süßlichem Ausgang, der nicht ungeschickt aus dem Kriege, den wir kaum hinter uns haben, Rührung und Begeisterung kurbelt. — Nebenher laufen ein reizender Tiertrickfilm, „Die Wunder einer Frühlingsnacht", und eine viel belachte Lustigkeit: „Charlie will sich amüsieren". — Der Aufenthalt im Gartenkino ist ganz prächtig.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten! Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Stimmung in der Roten Armee. Das militärische Zentralblatt Moskaus, „Krasnaja Swesda", beschäftigt sich in eingehender Weise mit der Stimmung in der Roten Armee. Der Klassencharakter des kommenden Krieges sei im Bewußtsein des Heeres fest verankert. Demgegenüber seien aber auch „dunkle Stellen" nicht zu leugnen. Die Bekämpfung der Trunksucht unter den Soldaten müsse weit energischer als bisher betrieben werden. Auch auf dem Gebiete der Disziplin lasse noch Vieles zu wünschen übrig, wobei die Kommandostellen zum Teil seine Maßnahmen gegen Disziplinbrüche treffen. Besondere Aufmerksamkeit müsse auch der Frage des Antisemitismus unter den Rotarmisten gewidmet werden. Die Beseitigung aller dieser Mißstände sei vor allem deswegen von besonderer Bedeutung, weil die Opposition in letzter Zeit ihre Aktivität auch in der Roten Armee zu verstärken suche.

Ausweisung russischer Emigranten aus Estland. Die estnische Regierung hat die Ausweisung der früheren russischen Zarengeneräle Wassilkowski, Sudakow und Uralzew verfügt. General Wassilkowski hat in den Kreisen der russischen Monarchisten in Reval eine große Rolle gespielt. Die Ausweisung wird damit motiviert, daß die Generäle einen heimlich über die russische Grenze nach Estland gekommenen Flüchtling unangemeldet beherbergt hätten. Sollte die Ausweisung wegen der Staatenlosigkeit der Genannten nicht zu verwirklichen sein, so werden die drei Generäle in Estland interniert.

Konstantinopel soll Kemali heißen. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkische Regierung zu Ehren des Besuches Mustafa Kemal Paschas beschlossen hat, den Namen der Stadt Konstantinopel in Kemali umzuwandeln. Ein diesbezügliches Gesetz wird sofort dem Parlament zugehen. Mustafa Kemal Pascha wird sich von Konstantinopel nach Karlsbad zur Kur begeben. Auf dem Rückwege wird er, dem „Quotidien" zufolge, sich in Belgrad aufhalten, um dort den Handelsvertrag zwischen der Türkei und Jugoslawien, über den seit einiger Zeit verhandelt wird, zu unterzeichnen. Es ist möglich daß darüber hinaus bei dieser Gelegenheit auch ein Freundschaftspakt zwischen beiden Regierungen abgeschlossen wird.

Der sozialistische Abgeordnete Compere-Morel hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Finanzkommission, Malvy, sein Amt als Berichterstatter des Haushalts für das Landwirtschaftsministerium niedergelegt, um gegen die ungenügende Höhe der Kredite zu protestieren, die für dieses Ministerium im Haushaltsplan vorgesehen sind. Sie betragen, wie Compere-Morel betont, nur den 126. Teil der Gesamtziffer des Haushalts: 328 Millionen auf eine Gesamtsumme von 41,5 Milliarden Franc.

Der schwedische Landwirtschaftsminister Hellström gestorben. Der Landwirtschaftsminister Paul Hellström ist nach einigen Wochen Krankheit im 62. Lebensjahr gestorben.

Duce, das Volk hungert. Dieser Tage waren in Mailand in allen Hauptstraßen in der Nacht angebrachte Plakate zu sehen, welche die Aufschrift trugen: „Duce, das Volk hungert!" Die faschistische Miliz hat binnen wenigen Stunden sämtliche Plakate entfernt, aber am nächsten Morgen waren sie wieder überall angebracht. Man glaubt, daß die Plakate von unzufriedenen Faschisten affichiert wurden.

Aus Schlesien.

Soziale Arbeit in der Zentrumspresse.

Vor uns liegt die gestrige Nummer der „Oberschlesischen Volksstimme", die eine Beilage „Soziale Arbeit" (zur Förderung sozialer und wirtschaftlicher Gemeinschaftsarbeit in Oberschlesien) enthält. Diese Beilage ist deshalb interessant, weil sie ein Musterbeispiel für die Arbeitspolitik des Zentrums darstellt. Fast zwei Drittel der Seite sind von Abhandlungen über den bösen Ungeist Sozialdemokratie eingenommen. Ohne sich in irgendeiner Weise mit der Gedankenwelt der sozialistischen Bewegung ernsthaft auseinanderzusetzen, wird die Religionsfeindlichkeit von Partei und Gewerkschaft an Hand von Aeußerungen verschiedener Genossen „bewiesen", die tatsächlich nur gegen die Kirche Stellung nehmen. Als ganz besonders schlimm wird vermerkt, daß der freigewerkschaftliche Metallarbeiterverband eine Reichskonferenz der Hüttenarbeiter mit dem — — Sozialistenmarsch schloß, da der Deutsche Metallarbeiterverband damit deutlich „seinen sozialistischen Charakter enthüllt" habe.

Dieser naiven Polemik, die offene Türen einrennt, steht ein Artikel von einem katholischen Akademiker zur Seite, in dem — genau wie bei Mussolinis Arbeitsverfassung oder sonstigen Versuchen, die zum Klassenbewußtsein erweckte Arbeiterschaft in die geistige Welt der bürgerlichen Ordnung zurückzuführen — gelehrt und tiefsinnig dem ††† Klassenkampf der Begriff des Standes", die „Entwickelung des Berufsethos" entgegengestellt wird. Der „Stand" ist für diesen ungenannten gelahrten Herrn, der sein Thema „Der Arbeiter im Volksstaat" nennt, nicht nur eine Lohn- und Wirtschaftsfrage, sondern mehr eine Frage der Versittlichung des inneren Menschen durch seine Arbeit (im Original gesperrt). Wogegen an sich nichts einzuwenden wäre. Frägt sich nur, ob die Umwelt der kapitalistischen Gesellschaft, die den Arbeiter jahrelang aufs Pflaster wirft, den richtigen Rahmen zur inneren Versittlichung darstellt.

Nachdem so sozusagen die Programmatik der „Sozialen Arbeit" der „Oberschlesischen Volksstimme" in der Bekämpfung des Sozialismus festgelegt ist, kann sich der geneigte Leser dieser Presse noch in einigen kurzen Mitteilungen über eine christliche Gewerkschaftskonferenz, über die neuen Invalidenversicherungsbeiträge, über die Auslegung des § 96 des Betriebsrätegesetzes und — wer lacht nicht — über den „Achtstundentag als Lebensverlängerer" orientieren. Dieses ganze, für die Zentrumspresse typische Durcheinander von sozialer Fürsorge und privatwirtschaftlichem Denken aber wird bedauerlicherweise immer noch von Arbeitern gelesen.

Eine Studienfahrt durch Schlesien

schloß sich an die Görlitzer Tagung des Reichsstädtebundes an. Es nahmen über 200 Teilnehmer der Tagung an der Fahrt, die über Oberschreiberhau, Krummhübel, Freiburg, Bad Salzbrunn, Waldenburg, Glatz, Bad Landeck, Patschkau, Neisse in das oberschlesische Industriegebiet ging. Wie üblich, wurden in den einzelnen Orten zahlreiche, teils die schlesischen Wirtschaftsnöte, teils die Wahrung nationaler Belange gegenüber angeblich von Expansionsgelüsten beherrschte Nachbarländer betont. Besonders sinnig war die Begrüßung in Freiburg, wo Bürgermeister Prüfer, von dessen sittlicher Entrüstung über die nackten Beine unserer Arbeiterturnerinnen wir kürzlich berichteten, den Gästen auf dem Ring eine wandelnde Papiermaché-Uhr und in dem Zelt einer Textilfirma spinnende — und einwandfrei bekleidete — Spinnerinnen als Symbole der wirtschaftlichen Struktur Freiburgs vorführte.

Oberlausitzer Festwoche in Görlitz.

Am Sonntag begann die als Werbewoche für Handwerk, Handel und Industrie und die Stadt Görlitz gedachte Oberlausitzer Festwoche, deren Träger in erster Linie der Görlitzer Verkehrsverein und die Stadt Görlitz sind. Den Kernpunkt der Festwoche bildet das 550jährige Jubiläum der Schützengilde. Das anfänglich trübe Wetter hellte sich bis zu Beginn des Festzuges, der mit ungefähr 6500 Teilnehmern, 15 Musikkapellen, 70 Festwagen und 20 blumengeschmückten Autos über eine Stunde dauerte. Belebt durch zahlreiche historische Trachten bot der Zug, der zu Reklamezwecken in der Woche jeden Tag einmal durch die Stadt ziehen wird, ein farbenprächtiges Bild. Abends fanden verschiedene künstlerische Veranstaltungen statt, während denen die historischen Bauwerke der Stadt illuminiert wurden. Für Mittwoch und Donnerstag ist eine Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Oberlausitzer Tierschau vorgesehen, die zweifelsohne auf großen Zuspruch der ländlichen Bevölkerung rechnen kann.

Brieg. Zwei dolchbewaffnete Mitglieder des Reichsspadfinderkorps aus Breslau gingen am Sonntag am Ring spazieren. Sie trugen den scharfgeschliffenen Dolch ganz offen auf den Rock geschnallt, zur Schau und wunderten sich sehr darüber, daß ein Polizeibeamter ihnen die Mordwerkzeuge abnahm, weil sie keinen Waffenschein besaßen. Beide behaupteten, daß sie in Breslau täglich so bewaffnet vor den Augen der Polizei herumspazierten.

Waldenburg. Todessturz im Förderkorb. Am 3. Juli verunglückte auf dem Mayrau-Schacht der Viktorgrube der Hauer Gustav Scholz. Beim Auflegen eines neuen Seiles im Stapel löste sich auf bisher noch ungeklärte Weise das alte Seil vom Gegengewicht, so daß der Korb, auf dem der Verunglückte stand, in die Tiefe stürzte. Scholz brach sich die Wirbelsäule, die den sofortigen Tod zur Folge hatte. Er war seit 1906 auf der Grube beschäftigt, 52 Jahre alt und hat eine Frau und zwei Kinder im Alter von sieben und neun Jahren.

Fraustadt. Leuchtgasexplosion. In der Emaillieranstalt ereignete sich am Sonnabend vormittag, als ein Lehrling die Räume betrat und ein Streichholz anzündete, eine schwere Leuchtgasexplosion. Anscheinend waren am Abend zuvor die Hähne nicht genügend geschlossen worden. Der Lehrling erlitt schwere Brandwunden. Sämtliche Fensterscheibend der Emaillieranstalt wurden zertrümmert.

Gleiwitz. Eine Demonstration für Krieg und koloniale Unterdrückung stellte die 25jährige Jubiläumsfeier des Gleiwitzer Marinevereins dar. Der Verein veranstaltete mit zahlreichen Gästen aus ganz Schlesien einen Umzug, in dem sinnig als Werkzeug des Massenmordens ein elektrisch angetriebenes Unterseeboot (!) und ein Kolonialwagen mit kleinen Negern zur Belebung des Kolonialgeistes figurierte. Ueber Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten.

Kattowitz. Bau von Arbeiterwohnungen. In seiner letzten Sitzung hat der Magistrat die Inangriffnahme der Erdarbeiten für den Bau von zwanzig Arbeiterwohnungen, die in städtischer Regie gebaut werden sollen, beschlossen.

Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe

spricht am

Sonnabend, den 9. Juli, abends 8 Uhr,

in einer öffentlichen

Volksversammlung

in **Jordansmühl** im Kreise Nimptsch im Lokal „Preußische Krone". Damit wird einem langgehegten Wunsche der Genossen des Kreises Nimptsch entsprochen, diesen hervorragenden Kämpfer und hochangesehenen Politiker einmal in ihrem Kreise zu einer Versammlung zu haben.

In allen Orten des Kreises Nimptsch muß für diese wichtige und hochinteressante Versammlung rege Propaganda gemacht werden.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Klettendorf. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir kommen heute um 19 Uhr in der evangelischen Schule zusammen. Frei Heil!

Brockau. Freie Schießvereinigung 1926. 1924 hat sich in unserem Ort ein Schützenverein gebildet, der zum übergroßen Teil aus Geschäftsleuten besteht. Wer dort Mitglied werden will, muß einen guten Finanzberater haben. Als im Herbst des vorigen Jahres durch ganz Deutschland die Gründung von republikanischen Schützenvereinen ging, waren auch in unserem Ort ein paar Männer, die die Bedeutung dieser Sache erkannten und eher noch wie in der Großstadt Breslau wurde zur Gründung eines Freien Schützenvereins geschritten, dem sofort vierzig Mann beitraten. Die Schwierigkeiten waren groß, denn es waren doch Arbeiter, die kein übriges Geld zur Anschaffung von Büchsen und Schützenstand hatten. So wurde jeder Pfennig einzeln zusammen getragen, bis es endlich, nach halbjährigem Bestehen, gelungen ist, einen Schützenstand nach den neuesten gesetzlichen Anforderungen zu erbauen. Jeder hatte seine paar freien Stunden geopfert, um das Werk zu vollbringen. So konnte der Schützenstand am vorigen Sonntag seiner Bestimmung übergeben werden. Die Beteiligung war sehr rege, selbst die Frauen der Mitglieder ließen es sich nicht nehmen, ihr Heil zu versuchen. Die Freie Schießvereinigung 1926, Brockau, angeschlossen dem Reichsbanner Republik e. V., ist streng republikanisch und parteipolitisch neutral, Mitglied kann jeder republikanische Deutsche werden. Der Beitrag ist so niedrig wie möglich gehalten. Es sind nur fünf Zigaretten oder ein Glas Bier, was jeden Monat geopfert werden muß. Im übrigen ist es jedem Republikaner aus Brockau und Umgebung freigestellt, auch als Gast dem Schießsport zu huldigen. Der Schützenstand befindet sich an der Eisenbahnbrücke, Verbindungsstraße Groß-Tschansch-Brockau, und ist jeden Sonntag den ganzen Tag geöffnet.

Herrnprotsch. Berichtigung. In der Notiz über die Konzerte in der Heilstätte ist ein Irrtum bezüglich des Namens des Dirigenten des MGV. „Silesia" (Vereinigung heimattreuer Oberschlesier) unterlaufen. Richtig soll es heißen: Lehrer Franz Wanzeck-Breslau.

Deutsch-Lissa. Arbeiter-Samariter. Heute, Dienstag findet der Uebungsabend bei Völkel statt. Niemand fehle! Gäste jederzeit willkommen!

Aus dem Kreise Nimptsch.

An die Ortsgruppenvorstände des Kreises Nimptsch.

Plakate für die Löbe-Versammlung am Sonnabend, den 9. Juli, in Jordansmühl, sind einem Teil Ortsgruppen des Kreises bereits zugegangen. Es wird erwartet, daß diese Plakate bald überall angebracht werden, um für die Versammlung auch genügend Propaganda zu machen. Ebenso muß durch rege mündliche Agitation geworben werden. Der Bezirksvorstand.

Das Nimptscher Zentrum und das Reichsbanner.

Es gab einmal eine Zeit, da gab es einen Zentrumsmann (auch Reichsbannerkamerad damals noch), zum Reichspräsidenten zu wählen. In dieser Zeit war das Zentrum republikanischer denn je. So auch hier. In einer Versammlung, in der ein rheinischer Zentrumsabgeordneter sehr kräftige republikanische Töne gefunden hatte, versicherte in der Diskussion der Kreisleiter des Reichsbanners höchste Aktivität im Kampf um die Kandidatur Marx, forderte aber auch Unterstützung des Zentrums durch Eintritt in die republikanische Schutzorganisation. Auf diese Einwendungen bei den Herren vom Vorstand — um mit Busch zu reden — ein allgemeines Nicken des Kopfes. Vom Versammlungsleiter selbst kam ein zuckerndes: Wird geschehen. Sogar der Referent des Abends drückte seine Verwunderung darüber aus, daß sich die hiesige Zentrumsorganisation dem Reichsbanner gegenüber derartig ablehnend verhielt, und bereitete so seinen Parteikollegen einige Verlegenheit. Wie wir schon damals erwarteten, sind die Versprechungen der hiesigen Zentrumsführer Versprechungen geblieben. Die Klassengebundenheit ist stärker wie alle republikanischen Gefühle. Die Führer der hiesigen Zentrumsorganisation haben nach wie vor ihr Betätigungsfeld im Kriegerverein, ihre Söhne (und dies ist das bezeichnende) tummeln sich im Stahlhelm, kurz und gut, man verwendet seine größte Anstrengung darauf, nur nicht in den Ruf eines nicht einmal guten Republikaners zu kommen. Zur diesjährigen Verfassungsfeier soll dem hiesigen Zentrum nochmals Gelegenheit gegeben werden, Farbe zu bekennen. Das Reichsbanner plant in Verbindung mit den drei republikanischen Parteien eine Veranstaltung in größerem Rahmen. Hier wird erneut der Beweis gebracht werden können, ob das hiesige Zentrum sich für die Republik und ihre Farben offen bekennt.

Sie verdienen mehr,

wenn Sie wirtschaftlich handeln und Ihr Fahrzeug mit den besten Reifen versehen. Das Beste ist auch hier das Billigste.

Fahren Sie den

Continental Reifen

Er ist elastisch, schnell und haltbar.

Kleine Nachrichten.

Die Vertreter des ADGB., der SPD. und des Reichsbanners traten am Donnerstag zu einer Besprechung über die Verfassungsfeier, die diesmal in größerem Rahmen veranstaltet werden soll, zusammen. SPD. und ADGB. sicherten weitgehendste Unterstützung zu, die Programmfolge der Feier bleibt dem Festausschuß überlassen. — Der Vorstand der Frankenstein-Münsterberg-Nimptscher Kreisbahn gibt bekannt, daß am 1. Juli zum Tarifheft B der Nachtrag Nr. 5 in Kraft tritt. Durch diesen Nachtrag kommen zwischen Frankenstein Kleinbahnhof und Nickelwerke besondere Ausflugskarten zur Einführung. — Die Verpachtung der Hartobstbestrecken des Kreises Nimptsch (zirka 18 000 Bäume) findet am 11. Juli im „Schwarzen Bär" statt. Bietungskaution 100 Mark.

Arbeiter-Sport

Fußballklub „Falke" Neukirch bei Breslau.

Im Rahmen der Reichs-Arbeitersportwoche findet am Donnerstag, den 7. Juli, abends 7,30 Uhr, eine **öffentliche Werbeversammlung** im Lokal „Weidmannsruh" statt. Referent: dieser Veranstaltung ist frei.

Neben den weiteren Veranstaltungen wird das Hauptaugenmerk auf den imposanten Fackelzug am Sonnabend, den 9. Juli, und den Hauptschlußtag am 10. Juli gelegt. Auswärtige und hiesige Sportler und Turner werden im Festzuge nachmittags 2 Uhr aufmarschieren und sich im frisch-freien Kampf messen.

„Kampf dem nassen Tod!"

Im Rahmen der Werbewoche des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veranstaltet der Schwimmverein Poseidon, e. V., Breslau, am kommenden Freitag, bei Regenwetter Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Ohlemündung, An der Mauritiusbrücke, eine große Rettungsvorführung unter obigem Titel. Das Programm zeigt schwimmerische Vorführungen, die für den Rettungsschwimmer unerläßlich sind. Den Abschluß bildet ein Wasserballspiel. Bei der Vorführung wird kein Eintrittsgeld erhoben.

Handball.

6. Abteilung schlägt den Kreismeister 2:1. Mit dem Anstoß von Poseidon, welcher nur mit zehn Mann zur Stelle ist, entwickelt sich ein lebhaftes Spiel. Die Verteidigung der 6. Abteilung versteht sämtliche Torgelegenheiten zunichte zu machen. Ein Durchbruch des Mittelstürmers der 6. Abteilung wird von Erfolg gekrönt. 1:0 für die 6. Abteilung. Nun wird es Poseidon doch zu bunt, und sie setzen sich vor die Kiste des Gegners. Doch werden sämtliche Bälle von dem guten Torwächter gehalten. So bleibt es bis Halbzeit. Wenn man nun erwartete, daß Poseidon nun den Spieß umdrehen würde, so sah man sich enttäuscht. Gleich nach Anpfiff der 6. Abteilung gelingt es ihr, das zweite Tor zu schießen. Gleich darauf kann der Mittelstürmer von Poseidon das einzige Tor für seine Mannschaft schießen. So bleibt es bis zum Schluß und Poseidon verläßt als geschlagener Kreismeister den Platz. Der 6. Abteilung wäre es zu empfehlen, ihren Spielern das Festhalten abzugewöhnen. Das Spiel war von Zuschauern sehr gut besucht.

Am Sonntag standen sich die 5. und 1. Abteilung mit ihren zwei Männermannschaften gegenüber. Die zweiten Mannschaften spielten 1:1. Die erste Mannschaft der 1. Abteilung mußte sich mit 4:3 von der 5. Abteilung geschlagen bekennen.

Schwimmverein Poseidon, e. V., Jugendabteilung. Dienstag, den 5. Juli, abends 7½ Uhr, Jugendversammlung im Poseidonbad. Alles muß erscheinen. Tagesordnung: Unser Jugend-Schwimmfest.

Jugendschwimmfest im Poseidonbad. Am kommenden Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet die Jugendabteilung des Schwimmvereins Poseidon ihr diesjähriges Sommer-Schwimmfest. Die Startfolge bringt Vorkämpfe für das Kreis-Schwimmfest, Rettungsvorführungen, Springen und Wasserballspiele. Die Wettkämpfe werden unterbrochen durch humoristische Einlagen. Auch die Kinderabteilung wird an der Veranstaltung beteiligt sein. Der Eintrittspreis ist auf 25 Pfennig für Erwachsene, Jugend und Kinder 10 Pfennig, festgesetzt.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V. Mittwoch, den 13. Juli, im Gewerkschaftshause Vereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Abrechnung vom ersten Halbjahr. 3. Veranstaltungen. 4. Anträge. 5. Verschiedenes. Anträge sind bis 10. Juli einzureichen.

2. Männer-Abteilung. Freitag, den 8. Juli, abends 9 Uhr, bei Zoudlik, Königgrätzer Straße, Handballspieler-Versammlung. Wichtige Tagesordnung, unter anderem: Neuaufstellung der Mannschaften. Nichterscheinende können dabei nicht berücksichtigt werden.

Freie Turnerschaft, Waldenburgfahrer! Alle Turngenossen, welche auf Jugendfahrschein nach Waldenburg zu den Kreis-Ausscheidungskämpfen fahren wollen, können sich der Kreisschule anschließen. Die Meldungen müssen am Mittwoch, den 6. Juli, zwischen 6—9 Uhr abends, in der Liegnitzer Halle, beim Turngenossen Max Scholz, abgegeben werden. Abfahrt Sonnabend 17,05 Uhr, P. P., Freiburger Bahnhof. Treffpunkt 16 Uhr. Wo Quartiermeldungen noch nicht getätigt sind, muß dies sofort an Reinh. Freund, Waldenburg-Altwasser, Bergstraße 3, geschehen.

Freie Kahn-Vereinigung Breslau, e. V. Alle Genossen, die nach Oels fahren, haben Dienstag, den 5. Juli, Donnerstag, den 7. Juli, um 19,30 Uhr im Bootshaus zur Einübung der Freiübung zu erscheinen. — Mittwoch, den 6. Juli, treffen sich alle, die an der Ostseefahrt teilnehmen wollen, zu einer Besprechung im Bootshaus. Vorhandene Karten und Reiseführer sind mitzubringen.

Touristenverein „Die Naturfreunde". Dienstag, den 5. Juli, Führung durch den Botanischen Garten. Treffpunkt 18 Uhr, Mönchstraße. Führung: Kreisleiter Winkler. Gäste dürfen sich anschließen. Alle Mitteilungen, da der 1. Obmann in Prag, an 2. Obmann E. Schwarz, Langegasse 8.

Aus aller Welt.

Tötung auf Verlangen.

Das Dresdener gemeinsame Schöffengericht verurteilte einen Laufburschen, der im Dezember mit seiner Geliebten wegen Nahrungssorgen den Freitod gesucht, aber, nachdem er das Mädchen erschossen, nicht den Mut zum Selbstmord gefunden hatte, zu vier Jahren zwei Wochen Gefängnis. — Vor dem Jugendgericht Großenhain hatte sich ein noch nicht 18 Jahre alter Dienstknecht zu verantworten, der gleichfalls seiner Geliebten mit deren Einwilligung den Tod gegeben hatte, aber dann ebenfalls nicht zur Ausführung des Selbstmordes gekommen war. Er erhielt ein Jahr zwei Monate Gefängnis.

Ein zweites Mitglied der Bande der Berliner Räuber verhaftet.

Sonntag früh gelang es der Berliner Kriminalpolizei, ein Mitglied jener Räuberbande zu verhaften, die in der letzten Woche die Raubüberfälle und Einbrüche in Berliner Vororten verübte. Der Verhaftete ist der 30jährige, aus der Ukraine gebürtige Maler Wiltrack. Er setzte seiner Verhaftung heftigen Widerstand entgegen. Der Verhaftete war erst im Mai nach Verbüßung einer längeren Zuchthausstrafe wegen Einbruchs in die Villa des ehemaligen Reichskanzlers Bauer in Sondershausen freigelassen worden.

Raubüberfall bei Berlin.

Ein frecher Raubüberfall wurde gestern am späten Nachmittag auf der Chaussee von Rudow nach Schönefeld verübt. Ein zwölfjähriges Mädchen aus Schönefeld hatte im Auftrage ihrer Eltern in Rudow etwas zu besorgen. Als sie heimwärts radelte, wurde sie von einem Strolch angefallen und vom Rade gerissen. Der Unhold versuchte, dem um Hilfe schreienden Mädchen ein Taschentuch als Knebel in den Mund zu stecken. Beim Herannahen eines Autos ließ der Bandit von seinem Opfer ab und flüchtete. Die Insassen des Autos brachten das Mädchen nach Rudow und benachrichtigten die Polizei, die den Wegelagerer verhaftete.

Schluß der Berliner Wochenend-Ausstellung.

Nach elf Wochen fand am Sonntag die große Berliner Ausstellung „Das Wochenende" durch ein großes Volksfest ihren Abschluß. Die Ausstellung ist von insgesamt 530 000 Personen besucht worden, was einem täglichen Besuch von 7000 Menschen entspricht. Dieser Erfolg, durch den auch die finanziellen Unkosten in Höhe von ¾ Millionen Mark aufgebracht werden, ist um so größer, als das außergewöhnlich schlechte Wetter die Ausstellung stark beeinträchtigte. Das wesentliche Material der Ausstellung soll zu einer Wanderausstellung zusammengestellt werden, mit der vom Herbst ab in den deutschen Groß- und Mittelstädten für den Besuch Berlins und seiner Umgebung geworben werden soll.

Berliner Ferienverkehr.

Im Laufe des Sonnabends haben 220 Fernzüge Berlin verlassen, um den gewaltigen Ferienverkehr zu bewältigen. 62 Züge gingen vom Anhalter Bahnhof ab. Den größten Ferienverkehr wies der Stettiner Bahnhof auf, der den Verkehr nach den Ostseebädern vermittelt. Zeitweise glich er einem gewaltigen Kinderbahnhof, so ungeheuer war die Zahl der Jugendlichen, die in Sonderzügen, von denen allein 25 vom Stettiner Bahnhof abgingen, befördert wurden.

Auf der Flucht mit dem Auto verunglückt.

In Heinersdorf bei Berlin überfuhr gestern abend ein Privatauto ein Kind. Um sich der Feststellung zu entziehen, fuhr der Chauffeur mit größter Geschwindigkeit davon. In einer Kurve überschlug sich das Auto, wobei drei Fahrgäste aus dem Wagen geschleudert wurden. Trotzdem versuchte der Chauffeur zu entkommen, wurde aber von zwei Radfahrern eingeholt, die sich während der Fahrt auf das Auto schwangen. Erst nach einem Kampf mit dem Chauffeur wurde das Auto zum Halten gebracht. Die Verletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Ausstellung „Oberweserkunst" in Hameln.

In Hameln wurde am 30. Juni eine umfangreiche Ausstellung alter und neuer Handwerkskunst eröffnet, die den Namen „Oberweserkunst" trägt.

Todessturz im Leuna-Werk.

Beim Bau eines Kesselhauses im Leuna-Werk bei Merseburg stürzten am Montag ein 42 Jahre alter und ein 20 Jahre alter Maler von einem 20 Meter hohen Gerüst ab, und fanden den Tod. Bereits in der vergangenen Woche waren vom selben Gerüst zwei Arbeiter tödlich abgestürzt.

Explosion einer Feldküche.

Als in Ratibor (Schlesien) ein Kriegerverein in der Nacht zum Sonntag einen Nachtmarsch unternehmen wollte und dazu eine Feldküche mitführte, in der Erbsensuppe zubereitet wurde, riß kurz vor dem Abmarsch der Dampf den Deckel weg. Der kochende Inhalt des Kessels ergoß sich über die umstehenden Kinder und Erwachsenen, wobei 25 Personen schwere Verbrühungen erlitten. Acht Kinder wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten; drei von ihnen schweben in Lebensgefahr. Die Schuld soll den Koch, einen Gastwirt aus Ostrog treffen, der die Schrauben des Kessels fahrlässig gelockert hatte.

Ein schweres Autounglück

ereignete sich am Sonntag nachmittag auf der Gotthardstraße zwischen Göschenen und Andermatt. Der Wagen eines Schweizer Fabrikanten stürzte infolge Versagens der Steuerung über die Straßenböschung in die Göschenen-Schlucht hinab. Der mit acht Personen besetzte Wagen wurde vollkommen zertrümmert. Zwei der Insassen waren sofort tot, zwei Frauen wurden außerdem schwer verletzt.

Die Massenerkrankung von Innsbrucker Arbeitern.

Die an Fleischvergiftungserscheinungen erkrankten Kabelarbeiter beim Straßenbau Innsbruck—Hall sind wieder hergestellt. Die Untersuchung wegen Fleischvergiftung hatte ein negatives Ergebnis. Es wird vermutet, daß die Erkrankungen auf das Wasser, das zum Bereiten der Speisen aus dem Bache entnommen und auch als Trinkwasser verwendet wurde, zurückzuführen seien.

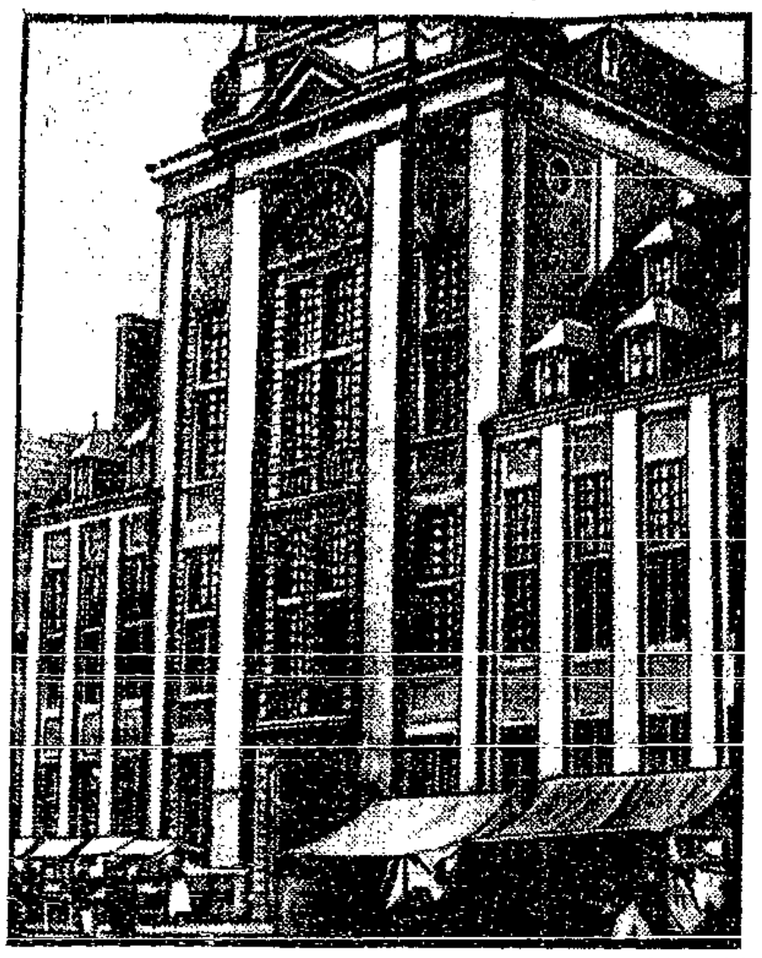
Schweres Autounglück in der Schweiz.

Gestern nachmittag ereignete sich zwischen Göschinen und Andermatt ein schweres Autounglück. Infolge Versagens der Steuerung fuhr ein Auto aus Engelberg über die Straßenböschung hinab und stürzte in die Schöllener Schlucht. Der mit acht Personen besetzte Wagen wurde vollständig zertrümmert. Zwei der Insassen waren sofort tot, zwei Frauen wurden schwer, ein Ehepaar leicht verletzt. Die beiden übrigen Insassen, darunter der Besitzer, erlitten nur geringe Verletzungen.

Schweres Autounglück in Mannheim: zwei Tote.

Gestern nacht, gegen 1 Uhr, ereignete sich auf der Mannheimer Straße, in der Nähe des Anwesens Blankenhein, ein schweres Autounglück. Ein aus Mannheim kommendes Auto, das von Bad Dürkheim auf dem Rückwege begriffen war, sah, als es einem Fuhrwerk ausweichen wollte, gegen einen Chausseestein und überschlug sich mehrfach. Der 30 Jahre alte Kaufmann Johann Theobald aus Mannheim und der 27 Jahre alte Kaufmann Daniel Schwender aus Mannheim wurden tot aufgefunden. Der ebenfalls aus Mannheim stammende Kaufmann Dahms wurde mit einem schweren Schädelbruch in das hiesige Krankenhaus eingeliefert, während der vierte Insasse mit leichteren Verletzungen davonkam.

Die Universität Löwen (Belgien).



feierte den Tag ihrer 500jährigen Gründungsfeier. Die früher von freiheitlich Gesinnten viel besuchte, heute aber streng katholische Universität, deren neuen Bau unser Bild zeigt, wurde bekanntlich während der Straßenkämpfe im August 1914 von den deutschen Truppen zerstört, ist aber jetzt wieder hergestellt worden.

Die eigene Schwester erschossen.

In Rheinhausen hantierte ein 14jähriger Junge auf dem Hofe des Elternhauses mit einer geladenen Flobertbüchse. Diese entlud sich plötzlich und traf die 10jährige Schwester in die Halsschlagader. Das Kind starb an Verblutung.

Beim Böllerschießen verunglückt.

In Hannover wurde beim Böllerschießen aus Anlaß des 100jährigen Schützenfestes ein Mann so schwer verletzt, daß ihm beide Arme abgenommen werden mußten.

Schwerer Motorradunfall.

Sonntag abend fanden die Insassen eines Autos auf der Landstraße bei Siofok (am Plattensee) drei Personen, darunter eine Frau, bewußtlos im Straßengraben neben einem zertrümmerten Motorrade auf; allem Anschein nach waren die drei Personen von einem Auto überfahren worden. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos, die beiden Männer sind schwer verletzt.

Noch ein Autounglück.

Gestern nachmittag, gegen 2 Uhr, ereignete sich in Essen auf der Meisenburgstraße ein schweres Autounglück. Der Kaufmann Littmann aus Essen wollte mit seinem Kraftwagen einem über die Straße gehenden Manne ausweichen. Er verlor dabei die Gewalt über die Steuerung und sauste gegen einen Baum. Durch den starken Anprall wurden die fünf Insassen aus dem Wagen geschleudert. Die sofort alarmierte Feuerwehr brachte die Verunglückten, von denen zwei schwer und drei leicht verletzt wurden, teils in Krankenhaus, teils in ihre Wohnung.

Ueber 100 öffentliche Eheberatungsstellen.

In jüngster Zeit mehren sich die öffentlichen Eheberatungsstellen. Es gibt ihrer in Deutschland bereits über 100. Sie zeigen jedoch sowohl in der Art des Aufbaus wie in ihrer Tätigkeit erhebliche Verschiedenheiten. Ein Zusammenschluß der öffentlichen deutschen Eheberatungsstellen wurde daher als ein Bedürfnis empfunden und kürzlich in Berlin durch die Bildung einer Vereinigung öffentlicher Eheberatungsstellen mit Prof. Dr. v. Drigalski als Vorsitzendem, vollzogen.

Diplomatische Korrespondenz erbrochen.

Das estländische Finanzministerium hatte dieser Tage die mit Londoner Banken abgeschlossenen Verträge über eine Anleihe durch die estländische Gesandtschaft zugesandt erhalten. An dem Briefumschlag befanden sich jedoch deutliche Anzeichen dafür, daß er unterwegs geöffnet worden war. In welchem Lande dies geschehen ist, steht noch nicht fest. Es soll nicht das erste Mal sein, daß amtliche Sendungen nach Estland erbrochen worden sind.

Ein Auto vom Zuge erfaßt.

An der Stadtgrenze von Graz fuhr ein Auto trotz Warnungen durch Passanten über die Bahnstrecke und gelangte in demselben Augenblick auf das Gleis, als ein Personenzug die durch keine Bahnschranken gesperrte Straße erreichte. Das Auto wurde etwa 200 Meter mitgeschleift und vollständig zertrümmert. Die beiden Insassen waren sofort tot.

Eisenbahnstörung durch Sturm.

Aus Budapest wird gemeldet: Wie die Direktion der Staatsbahn mitteilt, schleuderte bei Totis ein heftiger Sturm Telegraphenstangen und Bäume auf die Schienen, so daß die Strecke vier Stunden unbefahrbar war und einige Züge Verspätungen erlitten.

Verjüngung einer Operettensängerin.

Eine der bekanntesten Künstlerinnen in Budapest, die Operettensängerin Palmai, verehelichte Gräfin Kinsky, hat sich vor kurzem bei dem Professor Ertel einer Verjüngungsoperation unterzogen. Seit Tagen gingen Gerüchte um von einem fabelhaften Erfolg der Operation. Am Sonntag zeigte sich die Künstlerin zum ersten Male wieder nach drei Wochen in der Oeffentlichkeit. Die Veränderung soll so stark gewesen sein, daß nur die nächsten Freunden und Bekannten in der jugendlichen Dame die gealterte Künstlerin von vorher wieder erkannten.

Kriegsverstümmelte und Frontkämpfer.

Am Sonnabend tagte in Genf das Internationale Komitee der Kriegsverstümmelten und früheren Frontkämpfer. Es hat beschlossen, daß die 3. Internationale Konferenz der Kriegsverstümmelten und ehemaligen Frontkämpfer am 25. September 1927 in Wien stattfinden soll.

Massenvergiftung in Polen.

In Wrzesnie sind 800 Soldaten des polnischen Artillerie-Regiments 78 an Fleischvergiftung erkrankt. Bei 400 handelt es sich um schwere Vergiftungserscheinungen.

Ein ganzes Dorf eingeäschert.

In der Ost-Slowakei ist die Gemeinde Neu-Stuben einem Großfeuer zum Opfer gefallen. Insgesamt wurden 249 Häuser eingeäschert. 600 Bewohner sind obdachlos. 3 Personen haben den Tod in den Flammen gefunden, 17 erlitten schwere Verletzungen.

Ein italienischer Riesendampfer.

In der Werft des Stabilimento tecnico Triestino ist der Ozeandampfer „Conte Grande" des Genueser Lloyd Sabaudo in Gegenwart der Herzogin von Aosta vom Stapel gelaufen: Länge 266,40 Meter, Breite 23,79, Höhe 14,6 bis 22,84, normale Geschwindigkeit 20 Seemeilen; 43 Luxuskabinen, 111 erster, 614 zweiter, 720 dritter Klasse. — Selbstverständlich wird der Komfort, den das Schiff bieten soll, auf der Höhe der modernen Ansprüche sein: Radio, Bordzeitung, Bar, Schwimmbäder, Tennis usw.

Verheerender Wirbelsturm über Odessa.

Von einem schweren Unwetter heimgesucht wurde am Montag die Stadt Odessa. Ein Wirbelsturm richtete große Verwüstungen an, deckte viele Häuser ab und entwurzelte zahlreiche Bäume. Viele Boote sind gesunken, wobei über 20 Personen ertrunken sind. Ein mit Ausflüglern überfüllter Straßenbahnwagen entgleiste in einer Kurve und stürzte um. Hierbei wurden 6 Personen getötet, zehn schwer und 33 leicht verletzt.

Explosionsunglück bei Nanking.

Gestern nachmittag ereignete sich bei Nanking ein furchtbares Explosionsunglück. Zwei mit Sprengstoffen beladene Dschunken, die am Umladeplatz lagen, explodierten plötzlich. Ueber hundert Chinesen wurden Opfer dieser Explosion. Die Eingeborenen-Boote zerbarsten, und drei Kriegsdampfer wurden zerstört. Die Dächer von naheliegenden Gebäuden wurden weggerissen und die Fenster zertrümmert. Die Explosion ist wahrscheinlich durch die Hitze oder aber durch Nachlässigkeit der Mannschaft verursacht worden. Tschangkaischek besichtigte die Unglücksstätte und überwacht das Hilfswerk sowie die Erforschung der Explosionsursache.

Ein schweres Verkehrsunglück

ereignete sich in New-Jersey. Ein Automobil, das auf einem Eisenbahngleis stehen geblieben war, wurde von einem Zuge überfahren, wobei sieben Personen den Tod fanden. Drei Insassen kamen mit Verletzungen davon. Fünf der Todesopfer sind Kinder.

Diebstähle auf dem Transport.

„Matin" berichtet, daß die amerikanischen Vignetten, die auf den Briefen angebracht waren, die der amerikanische Flieger Byrd mitführte und die Ver-sur-Mer durch die französische Post nach Paris weiter befördert seien, im Laufe dieses Transportes sämtlich von den Briefen verschwunden sind.

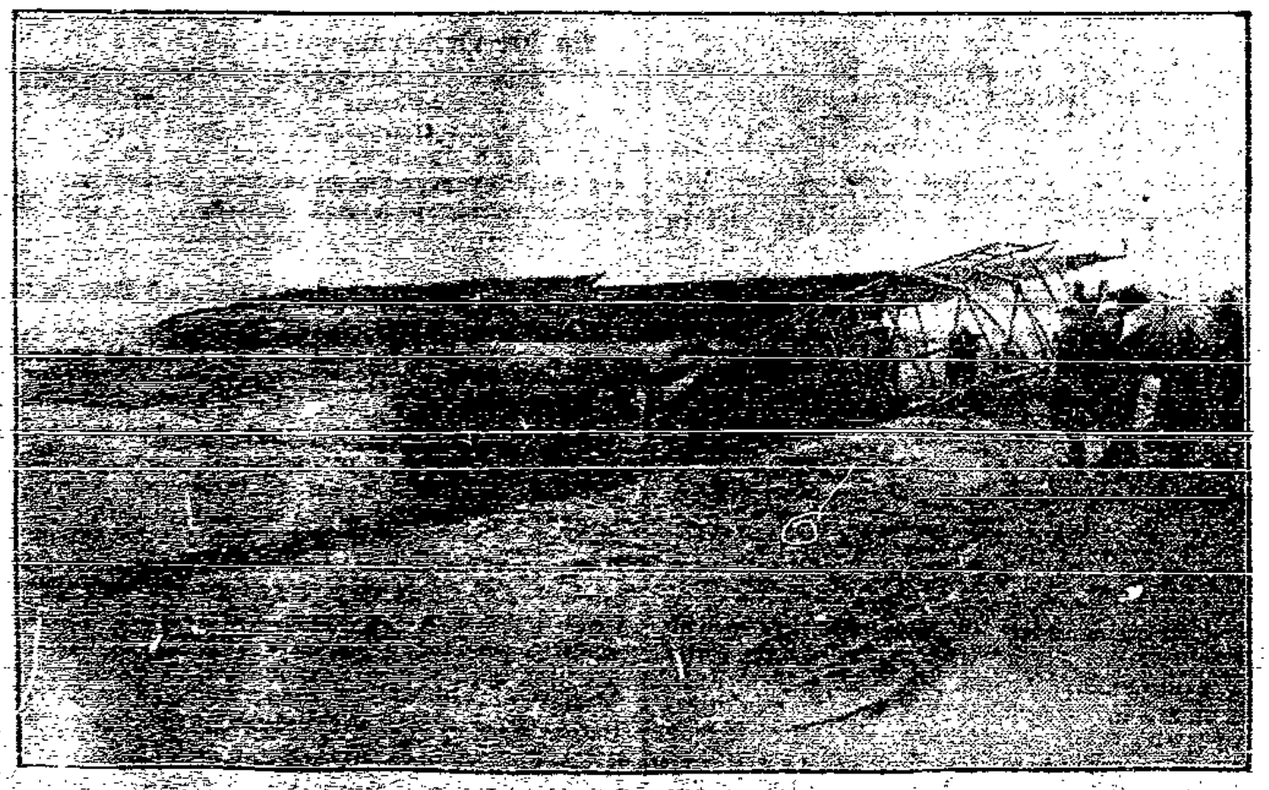
Ueberschwemmung in Sibirien.

Gewaltige Regenfälle haben an der Transbaikalbahn riesigen Schaden angerichtet. Der Bahndamm wurde stellenweise fortgespült und viele Stationsgebäude bis auf die Grundmauern weggerissen.

Humor des Auslandes.

„Angeklagter, was haben Sie noch zu Ihrer Verteidigung zu sagen?" fragt der Richter vor der Urteilsverkündigung den Beschuldigten. „Ich habe ja schon 500 Francs meinem Rechtsanwalt gegeben, ist das etwa noch nicht genug?" bemerkt der Angeklagte ärgerlich.

„Unser armer Freund soll ja, wie ich höre, eine erschreckend häßlich Frau geheiratet haben." — „Das stimmt, aber die Sache ist nicht so schlimm; denn der Schwiegervater hat ihm als Schmerzensgeld eine halbe Million bewilligt."



Das verunglückte Byrd-Flugzeug.

Der Sparerbetrug besiegelt.

Von Wilhelm Keil

Wenn es keine Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag gäbe, dann würden die Aufwertungsgesetze vom Jahre 1925 noch um einige Grade schlechter ausgefallen sein, als es der Fall ist. Auch der von den Deutschnationalen als Lockvogel auf den Wahlvorschlag genommene Vertreter der Deutschen Sparerverbände, Dr. Best, den die Deutschnationalen aus der Fraktion hinauswarfen, als er ernst machte mit den von ihnen selbst zuvor als Köder benützten Wahlversprechungen, hätte nicht die Möglichkeit gehabt, bei den Ausschußverhandlungen seinen Standpunkt zu vertreten. In diesem Jahre wäre es bei der unveränderten Annahme des von der Regierung eingebrachten kleinen Gesetzes geblieben, wenn nicht wiederum die Sozialdemokratie und der durch ihr Entgegenkommen zur Mitwirkung im Ausschuß zugelassene Abgeordnete Best die ganze Aufwertungsfrage neu aufgerollt und die Regierungsparteien unter Druck genommen hätte. Es ist gewiß herzlich wenig aus diesen neuen Kämpfen herausgekommen. Im großen und ganzen ist der Aufwertungsbetrug, den die Deutschnationalen vor zwei Jahren an den Gläubigern und Sparern verübt haben, besiegelt worden. Das Wenige aber, das über die Regierungsvorlage hinaus erreicht wurde, wäre nicht erreicht worden, ohne den von der Sozialdemokratie monatelang geführten Kampf.

Von den kleinen Verbesserungen, die erzielt wurden, ist in erster Linie zu nennen, die neugeschaffene Möglichkeit, daß sowohl Privatgläubiger als auch Besitzer öffentlicher Anleihen, die die rechtzeitige Anmeldung ihrer Ansprüche versäumt haben, diese Anmeldung nachträglich noch bewirken können, wenn sie nachweisen, daß die Anmeldung „ohne ihr Verschulden" unterblieben ist. Die Sozialdemokratie wollte die nachträgliche Anmeldung nur von der Billigkeit abhängig machen, wurde aber überstimmt. Die Anmeldung muß nunmehr, soweit es sich um Hypothekenforderungen handelt, bis zum 1. Oktober 1927 bewirkt sein. Soweit es sich um Altbesitzanleihe handelt, werden nachträgliche Anmeldungen noch bis zum 31. August d. J. entgegengenommen.

Eine zweite Verbesserung besteht in der Erhöhung der Einkommensgrenze, von der die Gewährung der Vorzugsrente an Anleihealtbesitzer abhängig ist. Auch diese Frage wurde von der Sozialdemokratie aufgeworfen mit einem Antrag, wonach die Einkommensgrenze von 800 bis 1200 Mark erhöht werden sollte. Der Antrag wurde von dem Bürgerblock abgelehnt. Er sah sich aber schließlich zu dem bescheidenen Entgegenkommen gezwungen, die Erhöhung von 800 auf 1000 Mark zu beschließen.

Eine dritte kleine Verbesserung besteht darin, daß bei den Restkaufhypotheken, die im Jahre 1921 begründet worden sind, eine höhere Aufwertung, als sie bisher zugelassen war, ermöglicht wird. Aber mit dieser kleinen Verbesserung sind wieder neue, schwere Ungerechtigkeiten verbunden. Der Sachverhalt ist folgender:

Für die Hypothek, also die dringliche Sicherung der Forderung, kennt das Gesetz keine Ausnahme von der Bestimmung, daß die Aufwertung bis zu 25 Prozent des Goldmarkbetrages zu erfolgen hat. Für eine besondere Hypothekenart, nämlich für die Restkaufhypothek, bestimmt es aber, daß die mit der Hypothek verbundene persönliche Forderung, die also nicht dringlich gesichert ist, höher aufgewertet werden kann. Stammt die Forderung aus der Zeit vom 1. Januar 1909 bis zum 1. Januar 1912, so kann sie bis zu 75 Prozent, stammt sie aus der Zeit vom 1. Januar 1912 bis zum 1. Januar 1922, so kann sie bis zu 100 Prozent aufgewertet werden. Es sind dies ganz willkürlich gewählte Zeitabschnitte. Da nach dem Gesetz die Mark bis zum 1. Januar 1918 als Goldmark gilt, kann der Gläubiger, dessen Forderung vor diesem Zeitpunkte entstanden ist, eine Aufwertung bis zu 75 bezw. 100 Prozent erreichen. Die Entscheidung hängt vom Aufwertungsgericht ab, das die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners und des Gläubigers gegen einander abwägen soll. Stammt nun aber die Forderung aus der Inflationszeit, so wird ihr Papiermarkbetrag nach den Meßzahlen des Aufwertungsgesetzes in Goldmark umgerechnet. Die Hypothek wird in diesem Falle bis zu 25 Prozent, die damit verbundene persönliche Forderung bis zu 100 Prozent des errechneten Goldmarkbetrages aufgewertet. Diese 100 Prozent machen aber in den Jahren 1920 und 1921 nur ganz wenige Prozent des Friedenswertes aus. Der Fall ist sehr wohl denkbar und kommt oft vor, daß jemand im Jahre 1921 ein Grundstück verkauft und die Hälfte des erlösten Preises als Restkaufhypothek hat eintragen lassen. Werden ihm nun 100 Prozent dieser Forderung als Aufwertung gewährt, so können das in Wirklichkeit nur 2, 4 oder 5 Prozent von der Hälfte des Wertes sein, den das Grundstück im Frieden hatte. Da diese Beschränkung auf 100 Prozent für Forderungen, die nach dem 1. Januar 1922 entstanden sind, nicht gilt, in diesen Fällen das Aufwertungsgericht vielmehr völlige Freiheit hat, so ergibt sich in der Praxis ein ungeheurer Unterschied bei der Aufwertung der vor und der nach diesem Zeitpunkt entstandenen Forderungen. Diesen Mißstand glauben die Regierungsparteien beseitigt zu haben mit der neu beschlossenen Bestimmung, daß bei Forderungen, die im Jahre 1921 entstanden sind, über 100 Prozent aufgewertet werden darf. Aber es soll für diese Forderungen die neue Obergrenze von 400 Prozent gelten, wenn sie in den ersten neun Monaten, von 600 Prozent, wenn sie in den letzten drei Monaten entstanden sind.

Damit ist für sehr viele Fälle wiederum eine Grenze gezogen, die bewirkt, daß der Gläubiger auch für die persönliche Forderung, die doch günstiger behandelt werden soll, nicht mehr als etwa 25 Prozent des Friedenswertes bekommt. Noch schlimmer aber ist, daß diese kleine Verbesserung für Forderungen aus dem Jahre 1920 nicht gilt. Da es nun im Jahre 1920 schon Zeiten gegeben hat, in denen die Papiermark niedriger stand als während der großen Teile des Jahres 1921, so ist mit dieser Regelung für die Gläubiger, deren Forderungen im Jahre 1920 begründet wurden, eine grobe Ungerechtigkeit verbunden. Die sozialdemokratischen Anträge, die diese Ungerechtigkeit ausmerzen wollten, sind einer ernsten Prüfung von den Regierungsparteien nicht gewürdigt, sondern glatt abgelehnt worden.

Auch die weiteren Anträge der Sozialdemokratie fanden keine Gnade vor dem Bürgerblock. Die Sozialdemokratie forderte erstens, daß die Rückwirkung der Aufwertung bei vorbehaltloser Zahlungsannahme erweitert werden sollte. Es sollte, wenn bei Rückzahlungen, die vor dem 15. Juni 1922 erfolgt sind, der gezahlte Betrag nicht wenigstens 10 Prozent des Goldmarkbetrages ausmacht, eine Nachprüfung erfolgen und unter Berücksichtigung der Verhältnisse beider Teile eine Aufwertung bis zu 15 Prozent möglich gemacht werden.

Zweitens wollte die Sozialdemokratie, daß auch bei der einfachen Darlehnshypothek (also nicht bloß der Restkaufhypothek) eine Aufwertung der persönlichen Forderung über 25 Prozent hinaus zugelassen werden, wenn es mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage der beiden ursprünglichen Vertragsteile zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabweisbar erscheint.

Drittens beantragte die Sozialdemokratie, daß auch die bisher von der Aufwertung völlig befreiten Banken in gewissen Grenzen zur Aufwertung sowohl der Spareinlagen, die bei ihren Sparabteilungen gemacht worden sind, als auch der langfristigen Bankguthaben verpflichtet werden sollten.

Alle diese Anträge verfielen der Ablehnung. Herr Hergt wollte an den „Grundzügen" des Aufwertungsrechts, die im krassesten Widerspruch mit seinen eigenen Wahlversprechungen und Reichstagsforderungen vom Jahre 1924 stehen, nicht rütteln lassen. Die Regierungsparteien haben sich den Geboten Hergts unterworfen und damit den Sparerbetrug vom Jahre 1925 endgültig besiegelt.

Unser Kampf gegen Schacht.

Weil der Reichsbankpräsident Dr. Schacht der Börsenspekulation die Kredite kürzte und so den Kurssturz an den deutschen Börsen im Mai veranlaßte, führt die bürgerliche Presse nun schon seit Wochen einen wütenden Kampf gegen ihn. Wir finden das Vorgehen Dr. Schachts gegen die Börsenspekulation auch reichlich ungeschickt, können ihm aber aus der Tatsache selbst keinen Vorwurf machen; vielmehr haben wir ein solches Vorgehen bereits vor einem Jahre gewünscht und gefordert. Ein anderer Punkt in der Schacht'schen Politik muß aber von der Oeffentlichkeit stark im Auge behalten werden: es handelt sich um die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Auslandskapital.

Mit der Besserung in unserem Wirtschaftsleben stellte sich auch die Notwendigkeit ein, Auslandskapital nach Deutschland heranzuziehen. Hatten wir während der Krisenzeit in Deutschland einen gewissen Geldüberfluß, so daß man deutsches Kapital sogar nach dem Auslande ausleihen konnte, so zeigte sich mit der Ankurbelung der Wirtschaft, daß die deutsche Kapitaldecke für die Anforderungen der Wirtschaft nicht ausreichte. Zugleich mit der Diskonterhöhung der Reichsbank, durch die man Auslandskapital nach Deutschland schaffen will, hat sich denn auch das Reichsfinanzministerium entschlossen, den deutschen Unternehmungen und Körperschaften wieder die Kapitalertragssteuer zu erlassen. Dieser Steuererlaß soll aber im Einzelfall davon abhängig gemacht werden, ob die Auslandsanleihen wirklich produktiven Zwecken dienen. In Uebereinstimmung damit bleibt die Kontrolle der von öffentlichen Körperschaften aufgenommenen Auslandsanleihen durch die sogenannte Beratungsstelle beim Reichsfinanzministerium bestehen. Ihr Zweck ist es, sogenannte unproduktive Auslandsanleihen zu verhindern.

Was ist nun in der Wirtschaft produktiv und was ist unproduktiv? Darüber streiten sich die Gelehrten. Herr Dr. Schacht hat sich nun angemaßt, diesen alten Streit durch seine „Verlautbarungen" zu entscheiden und in seiner Abwesenheit — er weilt augenblicklich in Nordamerika — fällen biedere Reichsbankräte auf Grund der Schacht'schen Richtlinien ihre Entscheidungen über produktive und unproduktive Anleihen. Diese Herren Räte gehen sogar so weit, zu erklären, der Wohnungsbau sei eine höchst unproduktive Angelegenheit.

Nun geht die gegenwärtige deutsche Konjunktur ohne Zweifel und nach allgemeinem Urteil auf die Belebung des Baumarktes zurück. Herr Schacht und seine Räte wollen aber die Ausgabe von Pfandbriefen, deren Ertrag dem Wohnungsbau zugute kommen soll, nicht zulassen und nicht genehmigen. Dabei handelt es sich nur um einen Betrag von 100 Millionen Mark. Diese Summe ist wirklich viel zu klein, um den Niedergang der Konjunktur am Baumarkt, mit dem man rechnen muß, aufzuhalten. Und dennoch genügt sie, um die drohende Krise abzuschwächen. Das alles aber kümmert Herrn Schacht nicht und auch nicht seine biederen und braven Stellvertreter. Sie verbieten — und bilden sich ein, damit der deutschen Wirtschaft einen Dienst zu erweisen, während die Wirtschaft in Wirklichkeit durch eine solche Diktatur sehr geschädigt wird.

Dazu kommt, daß die Herren in der Reichsbank auch die Kontrolle der Auslandsanleihen maßlos verschärft haben. So wollte die Stadt Berlin eine Anleihe von 100 Millionen Mark in London aufnehmen. Nebenbei bemerkt, handelt es sich um eine der billigsten Auslandsanleihen, die überhaupt je nach Deutschland hereingekommen sind. Der Zweck der Anleihe (Wohnungsbau) wurde dieses Mal allerdings von der Beratungsstelle als produktiv anerkannt. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus wurde sie aber um 30 Millionen Mark gekürzt. Die Stadt Berlin soll nach Auffassung der Herren ihr Bauprogramm einschränken. So mordet die Beratungsstelle den Gedanken der städtischen Selbstverwaltung sinn- und zwecklos und sperrt die deutsche Wirtschaft von dem ausländischen Kapitalmarkt ab, dessen Hilfe uns allein vor einer Wiederholung der furchtbaren Wirtschaftskrise von 1925/26 bewahren kann. Wenn sich die Dinge so weiter entwickeln wie bisher, werden im kommenden Winter ungefähr zwei Millionen Menschen mehr arbeitslos sein als heute. Daran haben Dr. Schacht, die Reichsbank und alle diejenigen, die sie frei in der deutschen Wirtschaft schalten und walten lassen, die Schuld.

Welche Gründe können eigentlich Schacht und seine Mitarbeiter für ihre Politik ins Feld führen? Schacht behauptet, er könne keine Diskontpolitik treiben, wenn das Auslandskapital ohne künstliche Hemmungen hereinströmt. Wir sind der Auffassung, daß Dr. Schacht die Diskontpolitik nicht zu handhaben weiß. Anstatt in das Wesen der deutschen Kreditwirtschaft einzudringen, verläßt er sich auf Zwang und Zwangsmaßnahmen und läßt dabei die deutsche Wirtschaft in einer ständigen Krise taumeln.

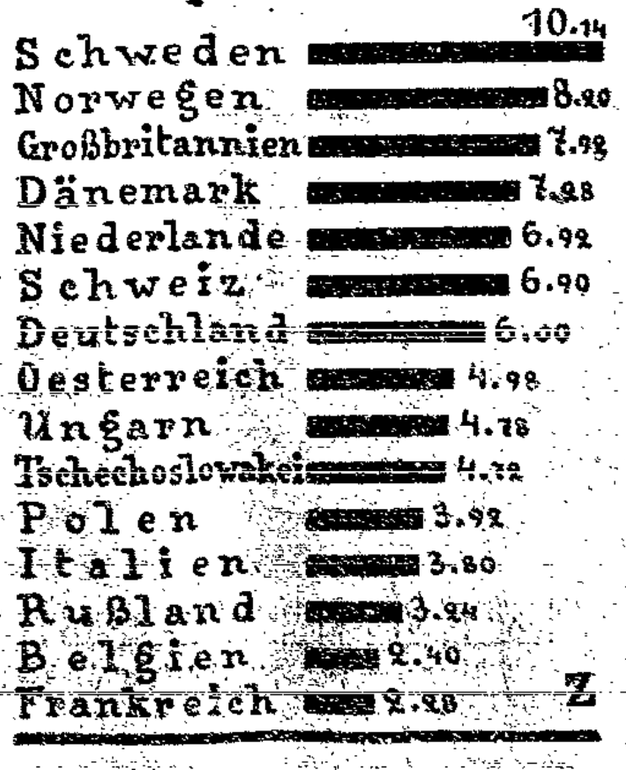
Ferner behauptet Dr. Schacht, Auslandsanleihen fördern die Uebertragung der Reparationszahlungen an das Ausland. Es ist richtig, daß sie die Reparationszahlungen erleichtern. Unrichtig ist aber, daß diese Zahlungen erst durch Auslandsanleihen ermöglicht werden. Bilden sich die Leute in Deutschland, die neuerdings wieder intensiv in Reparationspolitik machen, ein, daß unsere Gläubiger, wenn uns Auslandsanleihen nicht zur Verfügung stehen, nicht die Machtmittel haben, Deutschland aus eigener geschwächter Kraft zahlen zu lassen?

Außerdem behauptet Dr. Schacht, unser Außenhandel zeige eine ungünstige Entwicklung, und die neueingetretene Ausfuhrsteigerung entspreche nicht der Steigerung unserer jährlichen Neuverpflichtungen gegenüber dem Ausland. Tatsächlich ist aber unsere Ausfuhr um 1 Milliarde Mark im Jahre gestiegen, unsere jährliche Neuverpflichtung aber nur infolge der neuaufgenommenen Auslandsanleihen um 300 bis 400 Millionen Mark. Herr Dr. Schacht behauptet Unzutreffendes, wenn er von einer ungünstigen Entwicklung unseres Außenhandels spricht.

Weil Herr Dr. Schacht keine Diskontpolitik treiben kann, weil er unrichtige Vorstellungen über die deutsche Reparationspolitik hat, weil er die deutsche Außenhandelsstatistik anscheinend ohne genügende Aufmerksamkeit verfolgt, treibt er die von uns oben gekennzeichnete Politik. Sie wird die Krise von 1925/26 wiederholen, wenn nicht Auslandskapital in breitem Strom nach Deutschland hereingelassen wird. Herr Dr. Schacht wird für die kommende Krise 1926/27 verantwortlich zeichnen müssen, wenn seiner Auslandsanleihepolitik nicht schleunigst ein Ende gemacht wird!

Der Schnellzugstarif in verschiedenen Ländern

In Pf. pro km 3. Klasse



Das Getreide im Terminhandel.

Von den Zahlen, die in dem neuesten und bereits erwähnten Vierteljahresheft des Instituts für Konjunkturforschung über die Landwirtschaft registriert werden, erscheinen uns die über die Terminnotierungen für Getreide in Berlin besonders erwähnenswert. Die Zahlen ergeben nachfolgendes Bild:

Terminnotierungen für Getreide in Berlin
Reichsmark je Tonne

Zeit	Roggen		Weizen	
1926	Juli	September	Juli	September
26. 4.— 1. 5.	200,50	199,92	296,42	264,50
3. 5.— 8. 5.	199,75	200,50	293,25	262,08
10. 5—15. 5.	200,20	201,60	293,60	263,70
17. 5.—22. 5.	198,30	203,15	291,95	264,30
1927				
25. 4.—30. 4.	257,75	229,75	289,17	265,65
2. 5.— 7. 5.	255,50	231,58	298,54	268,83
9. 5.—14. 5.	261,46	233,17	300,50	272,00
16. 5.—21. 5.	262,50	235,50	299,00	273,50

Dieses Zahlenbild bestätigt unsere wiederholt geäußerten Vermutungen. Die gegenwärtigen hohen Getreidepreise dürfen nicht, wie es die agrarischen Kreise dem Volke weismachen wollen, als Augenblickserscheinung gewertet werden, sondern sie müssen eingeschätzt werden als ein Faktum, mit dem in maßgebenden Kreisen bis in den Herbst hinein gerechnet wird. Ein Preis von 235,30 Mark je Tonne, wie er bei Roggen am 16. Mai notiert wird, liegt mit 32,85 Mark höher als im Vorjahre und mit 75,50 Mark höher als in der Zeit vor dem Kriege.

Hilfe für Forst- und Wasserschäden.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages erledigte eine Reihe von Anträgen fast aller Fraktionen auf Beseitigung von Forst- und Wasserschäden sowie auf Gewährung von Beihilfen und Darlehen an die Geschädigten.

Verfehlte Attacken!

Der Vorstoß des demokratischen Reichstagsabgeordneten Erkelenz auf dem Hamburger Kongreß für Sozialreform gegen den „Militarismus" und „Faschismus" in der deutschen Sozialpolitik kam nicht überraschend. Schon im April hat Erkelenz in der Zeitschrift „Die Arbeitslosenversicherung und Erwerbslosenfürsorge" in einem Artikel „Fehler des Arbeitslosenversicherungsgesetzes" dieselben Gedankengänge entwickelt, die er in Hamburg vorgetragen hat. Am Beispiel der Arbeitslosenversicherung hat Erkelenz „Schattenseiten unseres sozialpolitischen Versicherungssystems" aufzudecken versucht. Das schwache Echo, daß Erkelenz' Vorstoß vom April in der Oeffentlichkeit gefunden hat, zeigt, daß, abgesehen vom Unternehmertum seine Gedankengänge schon damals mehr Kopfschütteln als Kopfzerbrechen hervorgerufen haben. Dadurch, daß Erkelenz die gleichen Gedankengänge jetzt in Hamburg vor einem größeren Forum wiederholt hat, wurde sein Vorstoß nicht überzeugender und durchschlagender.

In seiner Kritik des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wendet sich Erkelenz im wesentlichen gegen den Gefahrenausgleich. Er schreibt: Wenn jeder Unternehmer und jeder Arbeitnehmer ohne Unterschied des Gewerbes verpflichtet ist, einen bestimmten Beitrag in die Arbeitslosenkasse zu zahlen, ohne Rücksicht darauf, ob das Gewerbe viel oder wenig Arbeitslose hat, wenn es also nicht mehr direkt lohnt, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, dann wird ein Unternehmer selten, sehr selten aus sozialem Pflichtgefühl Arbeitskräfte in Krisenzeiten durchhalten. Man muß also eine Form der Arbeitslosenversicherung suchen, die geeignet ist, das Verantwortungsgefühl der Arbeitnehmer und Unternehmer für eine möglichst geringe Arbeitslosigkeit zu stärken. Der eine Weg dazu sei die völlig uneingeschränkte Selbstverwaltung der der Arbeitslosenversicherung durch die beteiligten Unternehmer und Arbeitnehmer, der zweite Weg sei Ersatz der sozialmilitaristischen Einheitsversicherung durch eine auf die großen Gewerbe aufgebaute Versicherung. Zur Illustrierung seiner Auffassung zieht Erkelenz das Baugewerbe heran. Er sagt: „Nehmen wir an, es würde eine besondere Arbeitslosenversicherungskasse für das gesamte deutsche Baugewerbe geschaffen. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe müßte es sehr hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erheben. Diese hohen Beiträge würden das Gewerbe zwingen, sich ernsthaft zu überlegen, ob es wirklich unvermeidlich ist, daß in jedem Winter zwei Drittel der Bauarbeiter erwerbslos werden. Die Folge wäre, daß im Baugewerbe der Beitrag der Arbeitslosenkasse auf ein Viertel bis ein Fünftel des Betrages sinken könne, der bei den heutigen Baumethoden in Deutschland nötig wäre. Da selbst in Normalzeiten im Baugewerbe in jedem Winter wohl an 600 000 Arbeiter arbeitslos werden, ließe sich auch diese Ziffer auf ein Viertel oder ein Fünftel senken und das wäre, sozial betrachtet, unendlich viel wichtiger, als die beste Unterstützung. Nach den jetzigen Methoden werde jedes Baugeschäft mit weniger Bedenken als bisher im Winter seine Arbeiter entlassen, da sie ja unterstützt werden. „Daß diese Unterstützungen dann größtenteils von den Unternehmern und Arbeitgebern in den Gewerben bezahlt werden müssen, die wenig oder gar keine Arbeitslosigkeit haben, gehört zu dem, was man im Zeitalter des Sozialmilitarismus fälschlich auch noch „soziale Gerechtigkeit" nennt. Dieser mißverstandene Kryptomarxismus, von dem neun Zehntel der deutschen Sozialpolitik beherrscht werden, versteinert die Sozialpolitik, die Wirtschaft und das wirklich soziale Verantwortungsgefühl. Auf sozialpolitischem Gebiet herrscht eine geradezu gefährliche Ideenlosigkeit. Die Gehirne sind eingefroren. Der demokratisch-liberale Geist ist getötet, die starre Organisation lähmt den Geist."

Erkelenz will also den Gefahrenausgleich beseitigen. Das mag demokratisch-liberal sein, sozial-demokratisch ist es nicht; denn die Beseitigung des Gefahrenausgleichs bedeutet, daß wohl die starken Gewerbe und Berufe sich helfen, die schwachen aber dazu verurteilt werden, die höchsten Beiträge zu bezahlen. Die von der Arbeitslosigkeit besonders heimgesuchte Gewerbegruppe, deren Wettbewerbsfähigkeit bereits stark geschwächt wäre, bekäme die ganze Last ihrer Arbeitslosigkeit ungeschmälert aufgehalst. Ob dieser Druck die Rationalisierung fördert, steht sehr dahin. Schließlich gibt es auch noch manche außenwirtschaftliche Ursachen für die Arbeitslosigkeit. Sollen dafür nun die gerade zufällig besonders heimgesuchten Gewerbe besonders büßen? Im vergangenen Jahr wurde mehr als die Hälfte der Arbeitslosenlasten aus öffentlichen Mitteln gedeckt. Warum, weil Massenarbeitslosigkeit eine Sache ist, die die Allgemeinheit angeht. Gerade vom demokratischen Standpunkt aus muß die Solidarität der Volksgenossen in der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausschlaggebend sein.

An dem Beispiel des Gefahrenausgleichs sieht man besonders deutlich, wie abwegig die Attacken Erkelenz' gegen die Grundsätze der deutschen Sozialpolitik sind. An der deutschen Sozialpolitik ist gewiß noch viel zu bessern. Ausrottung des bürokratischen Kopfes und noch manche andere Reform wäre bitter notwendig. Aber Herr Erkelenz schüttet das Kind mit dem Bade aus.

Die Hetze gegen die Krankenkassen

zeitigt trotz der Warnung des Reichsarbeitsministers immer tollere Blüten. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" bringt es fertig, Artikel von Aerzten abzudrucken, die sich in geradezu ungeheuerlicher Form gegen die gesamte Versicherung wenden. Mit Wohlbehagen zitiert das Blatt die Worte eines Arztes, die in folgendem Unsinn gipfeln: „Die Unfallversicherung tötet den Willen zur Arbeit. Die Krankenversicherung lähmt den Willen zur Gesundheit. Die Altersversicherung zerstört den Sparsinn eines Volkes."

Gegenüber diesem Wahnsinn muß die Arbeiterschaft nun erst recht zum Schutze der Krankenkassen zusammenstehen. Im preußischen Landtag hat die Sozialdemokratische Fraktion in einem Antrag das Staatsministerium ersucht, die Maßnahmen der Krankenkassen zur möglichst wirtschaftlichen Verwendung der Einnahmen nicht durch Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen zu stören; ferner einen Einfluß dahin geltend zu machen, daß den Krankenkassen an Aerztehonoraren keine höheren Beiträge auferlegt werden, als für eine ordnungsmäßige Versorgung der Versicherten unter Zugrundelegung der notwendigen Anzahl Aerzte angemessen ist, zur Einhaltung und Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen jeden Zersplitterungsversuchen entgegenzuwirken, eine möglichste Vereinigung aller Krankenkassen im Bezirk eines Versicherungsamtes anzustreben, Herabsetzung der Kassenleistungen, namentlich Herabsetzung der Wochenhilfe, zu verhindern und eine Erhöhung der Kassenleistungen zu fordern.

Einen Vorstoß zugunsten der Gelben

hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag unternommen. Sie fordert in einem Antrag vom Staatsministerium, „Vorsorge zu treffen", daß den Berufsverbänden oder Gewerkschaften, die abseits von den drei sogenannten Spitzengewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, dieselben Vorteile und Rechte wie diesen gewährt werden, soweit ihre Zusammensetzung auf gewerkschaftlicher Grundlage (das heißt Mitglieder sind lediglich Arbeitnehmer) feingestellt ist.

Die Deutsche Volkspartei wird mit ihrem Vorstoß wenig Glück haben; denn soeben erst hat der Reichswirtschaftsrat eine für die gelben Gewerkschaften vernichtende Entscheidung getroffen. Der Umstand, daß die Mitglieder eines Berufsverbandes oder einer Gewerkschaft lediglich Arbeitnehmer sind, schafft noch keine wirklich selbständige Organisation. Dazu gehört die moralisch-geistige und die finanzielle Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Beides fehlt den Gelben.

Kölner Mühlenarbeiterstreik.

In den Kölner Großmühlen Auer-Köln-Deutz, Leyfeder, Litzmann und Syberg-Mühlheim streiken seit Montag die Mühlenarbeiter. Die Unternehmer haben seit den verflossenen Tarifverhandlungen die Forderungen der Arbeiter auf Nachtschichtzulagen und Verlängerung des Urlaubs abgelehnt. Am Freitag wurde vom Schlichter ein Schiedsspruch erlassen, in dem die über 48 Stunden hinausgehende Arbeitszeit von der 49. bis 51. Stunde um 15 Prozent, von der 52. bis 54. Stunde um 20 Prozent vergütet werden soll. Da die Mühlenarbeiter bisher schon die Arbeitszeit über 48 Stunden mit 20 Prozent vergütet erhielten, bedeutet der Schiedsspruch eine Verschlechterung. Deshalb sind die Mühlenarbeiter in den Streik getreten.

In der Metallarbeiterbewegung in Köln ist keine Veränderung eingetreten; die Arbeiter verharren im Streik.

Generalstreik der französischen Sardinenfischer.

Unerhörte Ausbeutung der Fischer durch die französischen Sardinenfabrikanten. — Sardinenfischerei ein Hungergewerbe.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Am 3. Juni gaben die Sardinenfabrikanten Frankreichs den Sardinenfischern in der Bretagne bekannt, daß sie in Zukunft nur noch 300 Frank = 52 Mark für hundert Kilo Sardinen an die Fischer bezahlen würden. Die Fischer hielten darauf in allen Küstenorten Versammlungen ab und protestierten heftig gegen diese wahrhaft ungeheuerliche Preisdrückerei der Unternehmer, die tatsächlich den Zusammenbruch der Fischerei und das Verhungern der betroffenen Bevölkerung herbeiführen würde. Darauf trat die gesamte Fischerei-Bevölkerung in den Generalstreik.

Hierbei ist zu bedenken, daß der Fang der Sardine wahrlich keine Kleinigkeit bedeutet. Die Sardine (auch Pilchard genannt) findet sich häufiger im Süden Englands und längs der französischen und portugiesischen Küste. Die größere Menge der Fische muß vom Grund des Meeres heraufgeholt werden, da die Sardine dort eher Nahrung findet. Es handelt sich also darum, auf das genaueste die Gegend zu erforschen, in welcher sich gerade ein Heereszug aufhält, ihm den Weg abzuschneiden, ohne ihn zu verscheuchen. Jeder Erfolg des Fanges hängt von der Geschicklichkeit und Einsicht des Fischers ab. Er muß zu den verschiedensten Mitteln seine Zuflucht nehmen, um sich einer reicheren Beute zu versichern.

Wie wichtig der Sardinenhandel für Frankreich ist, mag daraus erhellen, daß Frankreich etwa 2—300 Millionen Sardinen im Jahre ausführt, die in Oel gekocht und in Blechbüchsen verpackt, zum Versand gebracht werden.

Jetzt bieten die Fabrikanten nur 300 Frank (etwa 52 Mark) für 100 Kilo. Um die Erregung der Fischer über dies schandbare Angebot zu verstehen, muß man wissen, daß im vorigen Jahre einschließlich der letzten Frühlingsmonate dieses Jahres 1100 bis 1200 Frank für 100 Kilo bezahlt wurden, und daß daher dieses neue Angebot eine Preisdrückerei unerhörter Art darstellt. Eine Kommission der Fischer ist bei dem Arbeitsminister Tardieu in Paris vorstellig geworden, der auch seine Hilfe versprach. Die Fischer erklärten sich sogar bereit, mit einem Preis von 600 Franken bei 100 Kilo einverstanden zu sein, aber in den Verhandlungen wollten die Fabrikanten als äußerstes nur 400 Frank per 100 Kilo gewähren. Die Fischer haben den Beweis angetreten, daß sie bei 600 Frank kaum auf ihre Selbstkosten kommen. Trotzdem bleiben die Fabrikanten hartnäckig bei ihrem unmöglichen Verlangen.

Die Angelegenheit hat schon zu erregten Debatten im französischen Parlament geführt. Der Generalstreik dauert an. Die Fischer haben als Nahrung nur noch gekochte Fische. Die wenigen Geldmittel sind ihnen zumeist ausgegangen. Der Verdienst dieser Menschen ist ja auch äußerst gering. Sie verdienten zum Beispiel im vorigen Jahre bei dem vielfach höheren Satz vom 1. Januar bis zum 1. Juni durchschnittlich nur 1000 Frank pro Mann und vom 1. Juni bis 1. November etwa 2—3000 Frank pro Mann. Bei dem damaligen sehr niedrigen Stande des Franken genügt dieser Reinverdienst (also im ganzen Jahr nur etwa 6—700 Mark) natürlich nicht zur eigenen Erhaltung, geschweige denn zur Erhaltung einer Familie. Nur dadurch, daß ihre Frauen und Töchter in den Sardinenfabriken arbeiten, können sie einigermaßen, aber auch nur kärglich, ihr Leben fristen. Die Löhne dieser Arbeiterinnen beliefen sich bis zum Streik auf klägliche 150 bis 300 Frank, also etwa auf 26 bis 52 Mark pro Monat. Die gesamte Fischerei in der Bretagne ist also im wahren Sinne des Wortes ein Hungergewerbe und die französische Regierung hat unbedingt die moralische Pflicht, diesem schmachvollen Zustande und dieser rücksichtslosen Ausbeutung der Bevölkerung sofort ein Ende zu bereiten. Es ist auch eine Angelegenheit, die alle Gewerkschaften und besonder auch das Internationale Arbeitsamt in Genf mobil machen muß.

Konflikt zwischen dem Zentralrat der russischen und dem Generalrat der englischen Gewerkschaft

Sofort nach seiner Rückkehr aus Berlin, wo er eine U sprechung mit den Vertretern des Generalrats gehabt hat, h Tomski, der Vorsitzende des Zentralrats der russischen Gewe schaften, das Plenum des Rats einberufen und über seine Unte redung Bericht erstattet. Daraufhin hat das Plenum einstimm einen Aufruf an die Arbeiter der U. d. S. S. S. R. und Gre Britannien erlassen, in dem es u. a. wörtlich heißt:

„Die Delegation des Zentralrats war der Meinung u verharrt dabei, daß die Liquidation des anglo-russischen Komite den Kampf für die Einigung der Gewerkschaftsbewegung d Welt schädigen würde, daß sie nur Wasser auf die Mühlen d Spaltungspolitik der Amsterdamer Gewerkschaften gießen würd Demzufolge erachtet der Zentralrat der russischen Gewerkschaft die direkte oder verschleierte Sprengung des anglo-russisch Komitees, wie sie die Führer des Generalrats anstreben, glei bedeutend einem Verrat an den Klasseninteressen des Pro tariats und an den Arbeitern der U. d. S. S. S. R. — Die Er schließung des Generalrats, die die Hinrichtung der offenen u versteckten Feinde der Arbeiterklasse, der Terroristen und Bran stifter verurteilt — ist nichts anderes als eine direkte Ve höhnung der Arbeiter und der werktätigen Bauern d U. d. S. S. S. R. Sie ist gleichbedeutend einem Anschluß der Leit des Generalrats an die Kampagne gegen die U. d. S. S. S. R., d von der bürgerlichen Presse in Szene gesetzt worden ist. —

Indem der Generalrat der russischen Gewerkschaften d Verantwortung für die Politik der Sabotage des angl russischen Komitees dem Generalrat auferlegt, fordert d Zentralrat alle englischen und sowjetistischen Arbeiter auf, f zur wahrhaften proletarischen Solidarität, zum wirksam Kampf gegen das Kapital, für einen aktiven Widerstand geg die Brandstifter des imperialistischen Krieges, zu bekennen („Prawda" v. 29. 6. 27, Nr. 144.)

Nach diesem Aufruf ist es wohl wahrscheinlich, daß d Wirksamkeit des anglo-russischen Komitees ein Ende gefund hat. Man kann somit wohl mit einem Scheitern der B strebungen rechnen, die sich im anglo-russischen Komitee ve körperten und die den Zweck hatten, ein Zusammenarbeiten d russischen und englischen Gewerkschaften herbeizuführen. En lischerseits hat man dabei die Hoffnung gehegt, die Russen einer realpolitischen Einstellung gewerkschaftlichen Fragen gegen über zu bekehren, während russischerseits die Absicht vorlag, d Führung der internationalen Gewerkschaftspolitik an sich reißen und womöglich den Internationalen Gewerkschaftsbu in Amsterdam zu sprengen.

Teilstreik bei der Striegauer Steinbruchfirma Weiß.

In den Streik getreten ist am 1. Juli bei der Stein bruchfirma A. Weiß ein Teil der Belegschaft. Der Konflikt i auf geringe Entlohnung der Arbeiter zurückzuführen.

Die Verhandlungen zur Regelung des Ueberstunden-Zu schlages für die Zigarettenarbeiter finden am 6. Juli statt. D Gewerkschaften fordern, daß auf Grund der neuen gesetzliche Bestimmungen anstelle der 15 Prozent eine Entschädigung vo 25 Prozent tritt.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vo 4. Juli gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (m frei Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in voll Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die f Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Behauptet. — Ölsaaten: Geschäftslos. — Mehl: Befestigt.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	4	1	Oelsaaten:	4.	1.
Weizen 75 kg†)	30,50	30,50	Winterraps *	— —	— —
Weizen 71 „ §	29,30	29,30	Leinsamen *	36,00	36,00
Roggen 71 „ †	27,70	27,70	Senfsamen *	40,00	40,00
Roggen 68 „ §	26,70	26,70	Hanfsamen *	26,00	26,00
Hafer*)	26,00	26,00	Blaumohn *	84,00	84,00
Braugerste §§)	25,70	25,70			
Mittelgerste	23,50	23,50			
Wintergerste *)	22,50	22,50			

†) Gute Qualität.
§) Durchschnitts-Qualität.
*) Mittlere Art und Güte.
§§ Feine Ware über Notiz.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	4	1.		4.	1.
Weizenm. (70 %)	42,00	42,00	Auszugmehl	46,75	46,75
Roggenm. (70 %)	38,50	38,50			

Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Woran liegt es?

Radiofabrikant Müller: „Mehr Lohn wollen Sie, weil Sie ein Fahrrad brauchen? — Lächerlich! Früher kannte man solchen Luxus nicht, und die Arbeiter lebten auch."

Fahrradfabrikant Schulze: „Sie können mit Ihrem Lohn nicht auskommen? Natürlich, weil heute jeder Arbeiter den Radiofimmel hat und sein Geld für derartigen Krimskrams ausgibt!"

Müller und Schulze: „Unerklärlich! Trotz meiner vorzüglichen Reklame will sich der Absatz gar nicht heben. Woran liegt das nur?"